

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 29.04.2025)

Titel: **Vorschlag der Formalia der 62.
Landesversammlung**

Antragstext

1. Präsidium

Als Mitglieder des Präsidiums werden vorgeschlagen:

Ulrike Böhm (KV Erzgebirge), Anne Brückner (KV Leipzig), Anna Cavazzini (KV Chemnitz), Claudia Creutzburg (KV Dresden), Matthias Gottschalk (KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), Valentin Lippmann (KV Dresden), Claudia Maicher (KV Leipzig), Lukas Mosler (KV Bautzen), Jennifer Petzl (KV Chemnitz), Paula Piechotta (KV Leipzig), Luise Schmiedichen (KV Dresden), Markus Scholz (KV Mittelsachsen), Miriam Schröter (KV Chemnitz), Elke Siebert (KV Meißen), Merle Spellerberg (KV Dresden), Kassem Taher Saleh (KV Dresden), Sebastian Walter (KV Mittelsachsen), Achim Wesjohann (KV Dresden)

2. Antragskommission

Als Mitglieder der Antragskommission sind vorgeschlagen:

- für den Landesparteirat: Yvonne Mosler (KV Dresden), Katharina Krefft (KV Leipzig), Johannes Brink (KV Mittelsachsen)
- für den Landesvorstand: Marie Müser (KV Leipzig)
- auf Vorschlag des Landesvorstands: Maria Untch (KV Bautzen), Sebastian Walter (KV Mittelsachsen)
- als Landesgeschäftsführerin: Laura Krüger (KV Dresden)

19 **3. Protokoll**

18

20 Als Protokollführer wird Jens Reichmann (KV Landkreis Leipzig) vorgeschlagen.

21 **4. Mandatsprüfungskommission**

22 Als Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden vorgeschlagen:

23 Sascha Thümmeler (KV Chemnitz), Laura Krüger (KV Dresden), Anne Johannsen (KV
24 Sächsische Schweiz - Osterzgebirge), Sebastian Kusche (KV Leipzig), Marie Müller
25 (LGS), Caroline Kaden (LGS)

26 **5. Wahlkommission**

27 Als Mitglieder der Wahlkommission werden vorgeschlagen:

28 Georg Alexander Breitenbach (KV Mittelsachsen), Henriette Krüger (KV Dresden),
29 Anne Johannsen (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge), Sebastian Kusche (KV
30 Leipzig), Marie Müller (LGS), Caroline Kaden (LGS)

31 **6. Redezeiten und Aussprachen**

32 Zu Redezeiten und Aussprachen wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

33 Die allgemeine Redezeit beträgt 3 Minuten. Davon abweichend werden folgende
34 Redezeiten festgelegt:

35 1. Für die Einbringung

- 36 ◦ von Anträgen oder Vorlagen, soweit nicht anders bestimmt, je 5
37 Minuten
38 ◦ des Leitantrages und des Rechenschaftsberichts des Landesvorstandes
39 je bis zu 10 Minuten

40 2. Für Einbringung von und Gegenrede zu Änderungsanträgen je bis zu 2 Minuten

41 3. Für Redebeiträge in der Aussprache unter TOP 2 je bis zu 5 Minuten

42 Für die Aussprachen wird die Anzahl der Redebeiträge wie folgt festgelegt:

- 43 ◦ Für Aussprache unter TOP 2 bis zu 3 gesetzte und 10 geloste
- 44 Redebeiträge
- 45 ◦ Für Aussprachen zum Leitantrag 1 gesetzter und bis zu 6 geloste
- 46 Redebeiträge
- 47 ◦ Für Aussprachen zu den Vorlagen unter TOP 6 und TOP 7 jeweils bis zu
- 48 3 Redebeträge je Vorlage
- Für Aussprachen zu den V-Anträgen jeweils 3 geloste Redebeiträge

50 **7. Verfahren zur Vorstellung der Bewerber*innen**

49

- 51 1. Für Bewerbungen als Landesvorsitzende*r und als Landesschatzmeister*in
- 52 beträgt die Redezeit zur Vorstellung bis zu 7 Minuten. Für Bewerbungen als
- 53 weiteres Mitglied des Landesvorstandes beträgt die Redezeit zur
- 54 Vorstellung bis zu 5 Minuten.

- 55 2. Für alle weiteren Bewerbungen beträgt die Vorstellungszeit jeweils bis zu
- 56 3 Minuten.

- 57 3. Im Anschluss an die jeweilige Vorstellung können durch anwesende
- 58 Mitglieder des Landesverbandes schriftliche Fragen an den/die Bewerber*in
- 59 gerichtet werden. Die Zahl der Fragen wird für Bewerber*innen für den
- 60 Landesvorstand auf bis zu drei Fragen je Bewerber*in und für
- 61 Bewerber*innen auf weitere Ämter und Positionen jeweils auf bis zu zwei
- 62 Fragen festgelegt. Liegen mehr Fragen als vorgesehen vor, werden die zu
- 63 stellenden Fragen durch das Präsidium quotiert gelöst.

64 Im Anschluss an die Verlesung der Fragen durch das Präsidium erhalten die

65 Bewerber*innen für den Landesvorstand bis zur drei Minuten Redezeit, um zu den

66 Fragen Stellung zu nehmen. Alle Bewerber*innen auf weitere Ämter und Positionen

67 erhalten hierfür eine Minute. Sollten keine Fragen an eine*n Bewerber*in

68 gerichtet werden, steht ihm/ihr diese Redezeit zur freien Verfügung.

Leit

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen (dort beschlossen am: 24.04.2025)

Titel: Wirklich solide Finanzpolitik ist nachhaltig

Antragstext

1 Die derzeitige Finanzlage in Sachsen zeigt es deutlich: Ein verantwortungsvoller
2 Umgang mit unseren finanziellen Mitteln ist wichtiger denn je. Wir stehen vor
3 großen Herausforderungen. Für die jetzige und für künftige Generationen gilt es,
4 unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Andererseits müssen
5 bedarfsgerechte und multifunktional gedachte Infrastrukturen geschaffen,
6 erhalten und ausgebaut werden.

7 Neben vielen engagierten Bürger*innen im Land braucht es dafür finanzielle
8 Ressourcen. Diese werden von den Menschen erarbeitet. Der Respekt vor deren
9 Leistung gebietet, die begrenzten finanziellen Mittel zielgerichtet,
10 wirkungsvoll und sparsam einzusetzen. Das ist die Aufgabe solider
11 Haushaltspolitik.

12 Die Mär, dass Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik allein durch „eine schwarze
13 Null“ erzielt wird, ist auserzählt. Sachsen verdient und braucht eine
14 Haushaltspolitik, die der Komplexität unserer Zeit und unserer Lebensgrundlagen
15 gerecht wird und sich als Querschnittsaufgabe über alle politischen
16 Handlungsfelder erstreckt. Andere Bundesländer sind in ihrem Verständnis und bei
17 den eingesetzten Instrumenten bedeutend weiter. Dieser sächsische Rückstand
18 begründet sich auf der von der Realität widerlegten CDU-Legende, der Haushalt
19 müsse wie eine „schwäbische Hausfrau“ agieren.

20 Seit Jahrzehnten betreibt das CDU-geführte Finanzministerium in Sachsen das
21 Gegenteil solider Haushaltspolitik – getragen von der eigenen Partei und der
22 sächsischen Sozialdemokratie: Investitionen wurden systematisch vernachlässigt

23 und so ein gefährlicher Investitionsstau geschaffen. Es fehlt an einem klaren
24 Konzept, das die realen Herausforderungen anerkennt und annimmt – mit dem
25 Ergebnis, dass Ungleichheiten wachsen und Leistungen immer weniger Wohlstand
26 bringen, während gleichzeitig notwendige Zukunftsausgaben ausbleiben. Die
27 scheinbare Schuldenfreiheit wurde teuer erkaufte. Heute erleben wir die Folgen
28 unterlassener Investitionen – von kaputten Schulen über unzuverlässigen ÖPNV bis
29 hin zu handlungsunfähigen Kommunen. Der aktuelle Haushaltsentwurf 2025/26 ist
30 Ausdruck dieser falschen Politik. Er steht in seiner sparwütigen
31 Konzeptlosigkeit dem Ziel, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern
32 entgegen und ermöglicht weder vorausschauende Investitionen noch bietet er
33 Lösungen für die Probleme der Gegenwart. Diese Zustände gefährden nicht nur
34 unsere wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch den gesellschaftlichen
35 Zusammenhalt. Es ist Zeit, ökologische und soziale Gefahren nicht länger
36 kleinzureden – Klimawandel und soziale Härten sind keine Zukunftsszenarien,
37 sondern Realität.

38 Die BÜNDNISGRÜNE Regierungsbeteiligung ab 2019 hat gezeigt, wie es geht: mit
39 Nachhaltigkeit als Leitmotiv, Transparenz als Prinzip und
40 Generationengerechtigkeit als Ziel.

41 Solide Finanzpolitik für Sachsen muss darum wirken, statt verwalten –
42 vorausschauend, gerecht und handlungsfähig. Wir BÜNDNISGRÜNE streiten für eine
43 Finanzpolitik, die Zukunft gestaltet statt versäumt.

44 Wir stehen für eine tragfähige und nachhaltige Haushaltspolitik, die Vernunft
45 und Solidarität vereint - transparent, wirkungsorientiert und mit klaren
46 Prioritäten. So erhalten wir Lebensräume und bleiben handlungsfähig. Wir haben
47 das Prinzip der Nachhaltigkeit verinnerlicht und verstehen es als ganzheitlichen
48 Ansatz. Dazu binden wir die Dimensionen solide Haushaltspolitik, ökologische
49 Vernunft und soziale Gerechtigkeit zusammen. Dabei entstehen auch Zielkonflikte.
50 Das ist keine Schwäche, sondern ein Mehrwert gegenüber einer
51 Entscheidungsfindung auf Basis von Einzelkriterien. Erst im Spannungsfeld
52 verschiedener Zielbilder – und hier insbesondere der Haushaltspolitik – und der
53 damit einhergehenden Abwägungen sind Entscheidungsfindungen im Sinne der
54 Nachhaltigkeit als ganzheitliche Lösungen möglich. Nachhaltigkeit beschränkt
55 sich nicht auf Finanzpolitik, sondern ist ein übergeordnetes Leitprinzip und
56 somit Querschnittsaufgabe des gesamten politischen Handelns. Eine
57 Haushaltspolitik ist erst solide, wenn öffentliche Mittel in diesem Sinne
58 nachhaltig und gemeinwohlorientiert eingesetzt werden.

59 Transparenz

60 Grundlage jeglicher verantwortungsvollen Haushaltswirtschaft ist Klarheit über

61 die aktuellen Verhältnisse und eine der kaufmännischen Vorsicht folgende
62 Darstellung erwartbarer Entwicklungen. Dabei orientieren wir uns nicht nur an
63 der Liquidität, sondern nehmen auch Vermögenswerte in den Blick, denn jede*r
64 moderne Unternehmer*in und Wirtschaftswissenschaftler*in weiß, dass es keinen
65 Unterschied gibt zwischen 10,0 Mio. EUR Darlehensschulden und maroder
66 Infrastruktur, die für genau den gleichen Betrag saniert werden muss. Wir wollen
67 das Vermögen des Freistaates erhalten und ausbauen. Dabei denken wir allerdings
68 nicht nur in Gegenständen, sondern auch in Wissen - das Vermögen der Zukunft.
69 Das bedeutet für uns vor allem:

- 70 • Die Vermögensrechnung des Freistaates weist alle Vermögenswerte,
71 Verbindlichkeiten, absehbare und bewertbare zukünftige Verpflichtungen
72 sowie den Wertverzehr aus. Die Umstellung auf die Doppik auf Landesebene
73 würde dies transparenter ausweisen und für den Werterhalt planvolleres
74 Handeln vorgeben.
- 75 • Sondervermögen werden nur für umfangreiche, mehrjährige Maßnahmen für
76 konkrete, unabweisbare Zwecke gebildet und nach haushaltswirtschaftlichen
77 Regelungen unter Beteiligung des Parlaments bewirtschaftet.
- 78 • Wir stehen für einen zukunftsgerichteten, modernen Investitionsbegriff: Er
79 muss anerkennen, dass Wissen, Zusammenarbeit, Technik und Handwerk sowie
80 digitale Kompetenz die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts bilden. Wer
81 heute in dieses Know-how investiert, sichert die Innovationskraft und
82 Leistungsfähigkeit von morgen in Wirtschaft und Verwaltung.
- 83 • Tragfähige Finanzpolitik bedeutet für uns die Sicherstellung der
84 finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Freistaates auch mittel- und
85 langfristig. Die Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates muss die
86 finanziellen Risiken für den Freistaat endlich vollständig ausweisen: sei
87 es das Risiko der vorfristigen Insolvenz der Braunkohleunternehmen, die
88 enormen Lasten im Bereich Wasserversorgung oder die Folgen der Klimakrise
89 und der demografischen Entwicklung.

90 Finanzverfassung und Schulden

91 Praktische Erfahrung und wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen: Die
92 Schuldenbremse in unserer Verfassung versagt insbesondere dann, wenn es darum
93 geht, auf konjunkturelle Schwankungen angemessen zu reagieren und
94 wirtschaftliche Härten abzufedern. Andere Bundesländer sind uns hier voraus. Sie
95 können flexibel reagieren und so wichtige Strukturen erhalten.

96 Auch auf Bundesebene ist nunmehr wegen des verantwortungsvollen BÜNDNISGRÜNEN
97 Engagements der Weg für notwendige Zukunftsinvestitionen und
98 volkswirtschaftliche Impulse auch durch die Aufnahme von Krediten mit klaren
99 Leitplanken frei. Damit wird die staatliche Handlungsfähigkeit gestärkt und
100 sichergestellt, dass die Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt. Das
101 zeigt, dass eine andere, solide Finanzpolitik möglich ist.

102 Das bedeutet für uns vor allem:

- 103 • Wir stehen für eine moderne und wirkungsvolle Finanzverfassung, die es
104 erlaubt, Schwankungen der Steuereinnahmen des Freistaates und der Kommunen
105 aufgrund normaler wirtschaftlicher Entwicklungen auszugleichen.

- 106 • Darüber hinaus fordern wir, die Möglichkeiten des Grundgesetzes zur
107 Darlehensaufnahme verantwortungsvoll für nachhaltige Zukunftsinvestitionen
108 in Land und den Kommunen in Sinne der Transformationsaufgaben (unter
109 anderem Gestaltung der Energiewende, der Mobilitätswende, der
110 Klimafolgenanpassung, Digitalisierung und demografische Entwicklung) und
111 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu nutzen.

- 112 • Die zusätzlichen Bundesmittel setzen wir zu allererst für Investitionen in
113 Klimaschutz und die Klimaanpassung ein.

- 114 • Es sind instandgehaltene Brücken, modernisierte Schulen, funktionierender
115 Öffentlicher Nah- und Fernverkehr, eine intakte Umwelt, sanierte
116 Schwimmhallen und ausreichend finanzierte Sozialarbeit an der die Menschen
117 den Wohlstand unseres Landes messen.

118 Wirkungsorientierung

119 Transparente Informationen sind die Grundlage für eine ziel- und
120 wirkungsorientierte Haushaltswirtschaft. Alle Ausgaben, einschließlich
121 Förderungen müssen Zielen folgen und in Hinblick auf ihre Wirkung reflektiert
122 werden. Wir wollen, dass die bisherige Hand-in-den-Mund-Mentalität einem
123 vorsorgenden Umgang mit den uns anvertrauten Mitteln weicht. Deshalb kommt es
124 darauf an, nicht reine Leistungserstellungen zu kommunizieren, sondern auch
125 deren Wirkungen und Ergebnisse darzustellen bzw. abzuschätzen. Das bedeutet für
126 uns vor allem:

- 127 • Die vergangenheitsbezogene Rechnungslegung ist im Rahmen einer
128 Nachhaltigkeitsberichterstattung um qualitative Aspekte zu ergänzen, die
129 Chancen und Herausforderungen beschreiben. Insbesondere Umwelt- und

130 Klimarisiken sind als Finanzrisiken offenzulegen, soweit sie noch nicht
131 verantwortungsvoll bewertet werden können. Dabei orientieren wir uns an
132 anerkannten Regeln für öffentliche und private Organisationen.

- 133 • Der Staatshaushalt soll in wesentlichen Dimensionen wie seiner Wirkung in
134 Hinblick auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit
135 anhand von klaren Indikatoren qualifiziert werden. Durch die Entwicklung
136 relevanter Leistungskennzahlen erweitert sich die Betrachtung auf die
137 Wirkung (Outcome) der eingesetzten Haushaltsmittel zur Erreichung der
138 Nachhaltigkeitsziele.

- 139 • Verwaltungsinterne Prozesse und Aufgaben sind zu evaluieren und
140 anzupassen. Die Herausforderungen der Zukunft - Digitalisierung,
141 Demografie, Fachkräftemangel - erfordern eine ambitionierte Bereitschaft
142 zum Wandel von Prozessen und Organisationsstrukturen mit der dazugehörigen
143 modernen Fehlerkultur.

- 144 • Bei Förderprogrammen stehen der Erhalt und der Ausbau bestehender
145 Strukturen und deren regelmäßige Überprüfung in unserem Fokus. Es braucht
146 mehr Pauschalisierungen und prüfbare, insbesondere soziale und ökologische
147 Parameter bzw. Mindeststandards.

- 148 • Unsere Förderlandschaft ist grundhaft unter Berücksichtigung von
149 Nachhaltigkeitskriterien vor allem im Wirtschaftsbereich zu konsolidieren.
150 Effizienz und Wirksamkeit sind beispielsweise durch Instrumente, die einen
151 Return ermöglichen, sicherzustellen. Bei der Wirtschaftsförderung müssen
152 Ausstiegsszenarien von Anfang an mitgedacht und den Einzelfördersummen
153 entsprechend, angemessene formale Anforderungen gewährleistet werden, um
154 eine Überbürokratisierung bei Kleinstförderungen und die damit
155 einhergehenden bürokratischen Belastung der sächsischen Wirtschaft zu
156 verhindern.

157 Handlungsfähigkeit für die Kommunen

158 Unsere Kommunen sind die Wiege unseres Wohlstandes und des gesellschaftlichen
159 Zusammenhalts. Eine wichtige Grundlage dafür ist ihre finanzielle
160 Handlungsfähigkeit. Städte, Gemeinden und Landkreise stehen vor großen
161 Herausforderungen. Der Erhalt und die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge
162 steht dabei in unserem Fokus. Es ist ein nicht hinnehmbarer Tabubruch der
163 aktuellen Minderheitskoalition, den kommunalen Finanzausgleich in den kommenden
164 Jahren ohne Einigung mit der kommunalen Familie zu gestalten und erneut keine
165 Reform tatsächlich anzugehen. BÜNDNISGRÜNE Politik setzt dagegen auf

166 Zusammenarbeit und der fruchtbaren Suche nach Gemeinsamkeiten. Das bedeutet für
167 uns vor allem:

- 168 • Kommunen müssen in der Lage sein, auch freiwillige Aufgaben in
169 angemessenem Umfang zu erfüllen.

- 170 • Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu garantieren, sind deren
171 tatsächliche Bedarfe von großer Bedeutung. Dabei sind insbesondere auch
172 ökosystemare Dienstleistungen zu berücksichtigen und Mittel für die
173 Klimawandelanpassung strukturell zu sichern. Deshalb ist es notwendig, die
174 gesetzlichen Regelungen so anzupassen, dass Kommunen besser in der Lage
175 sind, unbürokratisch und selbstverantwortlich ihre Zukunfts- und
176 Pflichtangaben zu erfüllen.

- 177 • Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips
178 ("Wer bestellt, bezahlt") ein, unabhängig davon, ob Bundes- oder
179 Landesebene involviert sind.

- 180 • Kommunale Förderprogramme werden regelmäßig auf ihre Wirkung hin evaluiert
181 und soweit möglich in die allgemeine Finanzausstattung überführt. Außerdem
182 wollen wir unbürokratische Beteiligungsmöglichkeiten für alle potenziellen
183 Nutznießer sicherstellen.

- 184 • Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs halten wir nach wie vor für
185 unausweichlich und unabdingbar. Die Transformationsaufgaben auf kommunaler
186 Ebene müssen als prioritär verstanden werden und finanzielle Unterstützung
187 erfahren. Wir stehen für einen modernen kommunalen
188 Finanzausgleichsmechanismus, der gleichermaßen die Herausforderungen
189 wachsender, aber auch schrumpfender sowie ländlicher, aber auch
190 städtischer Kommunen berücksichtigt.

191 Ziele und Prioritäten

192 Finanzielle Mittel stehen nicht endlos zur Verfügung. Es ist natürlich, dass
193 Wünsche häufig die Möglichkeiten übersteigen. Um das Beste für Sachsen zu
194 erreichen, müssen auch im Haushalt klare Prioritäten gesetzt werden. Wir müssen
195 auskömmlich finanzieren, was unserem Land Chancen eröffnet, den Zusammenhalt
196 sichert und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Das kann nur auf der
197 Grundlage einer verbindlichen Nachhaltigkeitsstrategie und mit transparenten
198 Wirkungsanalysen verantwortungsvoll umgesetzt werden. Dabei geht es auch darum,
199 ineffiziente und ziellose Maßnahmen und Prozesse zu identifizieren und zu
200 korrigieren. Unsere Leitlinien und Ziele sind klar. Jetzt kommt es darauf an,

201 sie anzugehen. Das bedeutet für uns vor allem:

- 202 • Unseren nachfolgenden Generationen hinterlassen wir eine saubere und
203 intakte Umwelt. Dafür investieren wir in den Klima- und Umweltschutz.

- 204 • Wir hinterlassen nachfolgenden Generationen eine intakte und finanzierbare
205 Infrastruktur.

- 206 • Wir investieren in ein gutes Zusammenleben – in Offenheit, Solidarität und
207 Zusammenhalt.

- 208 • Wir schaffen finanzpolitische Spielräume für kommende Jahre und
209 Generationen. Hierfür setzen wir uns auch auf Bundesebene für die Reform
210 der Vermögens- und der Erbschaftssteuern ein.

- 211 • Der Schutz des Klimas und der Biodiversität, die Vorsorge vor den Folgen
212 des Klimawandels, die Garantie von Freiheit und die soziale Sicherung sind
213 für uns BÜNDNISGRÜNE auch in finanzieller Hinsicht handlungsleitend in
214 Sachsen.

215 Erarbeitet in Zusammenarbeit mit der LAG Haushalt und Finanzen

V1

Antrag

Initiator*innen: LAG Hochschule (dort beschlossen am: 23.04.2025)

Titel: **Wissenschaftsfreiheit in Sachsen erhalten und stärken**

Antragstext

1 Die Wissenschaftsfreiheit gehört zum Fundament freier, demokratischer
2 Gesellschaften. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für Wissenschaftsfreiheit
3 und eine vielfältige, weltoffene Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in
4 Sachsen. In Zeiten, in denen die Wissenschaftsfreiheit sowohl global als auch
5 national unter Druck steht, gilt es, unser Eintreten für das im Grundgesetz Art.
6 5 verankerte Grundrecht auf die Freiheit von "Kunst und Wissenschaft, Forschung
7 und Lehre" deutlich zu bekräftigen und aktiv zu stärken.

8 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern die Staatsregierung auf, sich
9 nachdrücklich für die langfristige Sicherung und aktive Stärkung der
10 Wissenschaftsfreiheit in Sachsen einzusetzen. Dazu gehört insbesondere:

11 1) Die rechtliche und faktische Absicherung und Durchsetzung der Freiheit von
12 Forschung und Lehre gemäß Art. 5 (3) GG und Art. 21 SächsVerf. und eine erhöhte
13 Aufmerksamkeit gegenüber Angriffen auf die gesetzlichen Grundlagen. Dies
14 beinhaltet auch eine langfristig auskömmliche Grundfinanzierung zu gewährleisten
15 und wissenschaftliche Einrichtungen wirksam vor wissenschaftsfremder
16 Einflussnahme auf Inhalte der Forschung, Lehre, Personalentscheidungen und
17 Strukturen der akademischen Selbstverwaltung und vor Eingriffen in die
18 Hochschulautonomie zu schützen.

19 2) Die öffentliche und institutionelle Solidarität mit bedrohten Forschenden in
20 Sachsen, Deutschland und der Welt sowie der Ausbau von Präventions- und
21 Schutzprogrammen und Fördermitteln für Wissenschaftler:innen, die von Bedrohung,
22 Repression und Diskriminierung betroffen sind.

- 23 3) Die Förderung eines gesellschaftlichen Klimas, das Wissenschaftsfreiheit
24 einschränkungslos bejaht und aktiv schützt, die Zusammenarbeit mit
25 zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und den internationalen Austausch durch die
26 Stärkung von internationalen Wissenschaftskooperationen vorantreibt.
- 27 4) Die Platzierung der historischen wie aktuellen Leistungen und Verdienste des
28 Grundrechts auf Wissenschaftsfreiheit im öffentlichen Diskurs, um das Vertrauen
29 in die Wissenschaften als wesentliche Komponente einer wehrhaften demokratischen
30 Gesellschaft zu stärken.
- 31 5) Der Einsatz für einen gleichberechtigten Zugang zu Wissen und Wissenschaft
32 sowie Bildungsgerechtigkeit für alle Menschen unabhängig von
33 Geschlechtsidentität, Hautfarbe, Herkunft, Religion, sozialem Status und
34 politischer Einstellung, damit Wissenschaft, Forschung und Lehre die Pluralität
35 und Diversität der Gesellschaft abbilden kann, in der sie stattfinden und deren
36 öffentliche Gelder sie beanspruchen.

Begründung

Die Freiheit von Wissenschaft und ihrer Ausübung ist ein tragender Pfeiler demokratischer Gesellschaften. Sie ermöglicht es, kritisch zu denken, neue Erkenntnisse zu gewinnen und zu hinterfragen, Informationen zu verarbeiten und zu generieren sowie auf Basis von Forschung und Lehre eine fundierte, freie und gerechte Bildung der Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Wissenschaftsfreiheit stellt eine wesentliche Bedingung dar für ein nachhaltiges Leben, ein demokratisches Miteinander, eine zukunftssichere Wirtschaft und Infrastruktur sowie einen modernen Staat. Damit steht sie für den programmatischen Kern unserer sächsischen bündnisgrünen Arbeit.

Doch Wissenschaftsfreiheit steht zunehmend unter Druck – international, aber auch in Deutschland und in Sachsen. Dem gilt es, sich frühzeitig und klar entgegenzusetzen.

Aktuelle Ereignisse und Berichte machen deutlich, wie gefährdet das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit ist. So erlebten laut einer Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) aus dem Jahr 2023 im Schnitt 45% der Forschenden mindestens eine Form von Wissenschaftsfeindlichkeit, wie persönliche verbale Anfeindung und Diskriminierung, Diffamierung und Hate Speech im medialen Raum bis hin zu physischen Angriffen und Vandalismus. (<https://gruenlink.de/gyw7v2yidz>; <https://gruenlink.de/b8119vxc8a>; <https://gruenlink.de/0qfywac9ba>) In den Geisteswissenschaften liegt der Anteil der Betroffenen sogar über 50%. Auch Berichte über Selbstzensur und Rückzug aus der Öffentlichkeit, um Konflikte zu vermeiden, sind nicht selten.

Nicht einmal ein Jahr liegt die sogenannte Fördergeld-Affäre im Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Leitung von Bettina Stark-Watzinger (FDP) zurück. Daran wird erkennbar, dass

Wissenschaft nicht nur durch diskreditierende Angriffe aus der Öffentlichkeit bedroht wird, etwa in Social Media, sondern auch durch politische Entscheider:innen zunehmend unter Druck gerät. Dies zeigt, dass nicht nur die in Teilen rechtsextreme und offen demokratiefeindliche AfD, die mit 30% der Sitze im sächsischen Landtag vertreten ist, sondern auch, dass etablierte Parteien durch wachsende Eingriffsbereitschaft die Wissenschaftsfreiheit in Frage zu stellen bereit sind. Wenn die Verteilung von Fördergeldern einer Abhängigkeit von Konformität mit einer politischen Agenda der Entscheidungsträger:innen unterstellt wird, ist dies mit dem Grundgesetz nicht mehr vereinbar. (<https://gruenlink.de/4qt9fx75fo>)

Ein Blick über die Grenzen Deutschlands zeigt, wie dramatisch die Folgen sein können: In den USA versucht die Regierung Trump systematisch, politischen Einfluss auf Forschungseinrichtungen zu nehmen, ihre demokratische akademische Selbstverwaltung zu verhindern, kritische Wissenschaften zu diskreditieren und sich widersetzende Universitäten finanziell auszutrocknen. (<https://gruenlink.de/c7exqw8u9m>)

Aber auch Entwicklungen in europäischen Nachbarländern erfüllen uns mit Sorge: So hat beispielsweise die rechtspopulistisch geführte Regierung in den Niederlanden mit ihren Plänen, Mittel in der Wissenschaft drastisch zu kürzen und eine Renationalisierung der Wissenschaft durch die massive Beschränkung der Zahlen ausländischer Studierender via eines harten Migrationskurses und durch die weitestgehende Abschaffung englischsprachiger Lehrveranstaltungen zu betreiben, die wissenschaftliche Zusammenarbeit innerhalb Europas massiv geschwächt. (<https://gruenlink.de/h2suevwg8d>; <https://gruenlink.de/uvvrz3zdct>)

Ähnliche Bestrebungen lassen sich in Ungarn, Dänemark und Polen beobachten. (<https://gruenlink.de/gszhef2zei>)

Der aktuelle Academic Freedom Index zeigt eindrücklich, dass das Erstarken populistischer und anti-pluralistischer Parteien die Wissenschaftsfreiheit unmittelbar bedrohen. (<https://gruenlink.de/375qayponv>)

Derartige Entwicklungen müssen in Bund und Ländern unbedingt verhindert werden. Denn auch in Sachsen selbst gab und gibt es immer wieder Versuche, bestimmte wissenschaftliche Themen öffentlich zu delegitimieren – häufig verbunden mit rechtspopulistischen Narrativen. Forschende etwa, die zu Geschlecht, Rassismus und Migration, Autoritarismus und Extremismus oder Klima arbeiten, sind verstärkt politischen und persönlichen Angriffen ausgesetzt. Auch wenn Forschende in Bereichen wie Geschlechterforschung, Migrationsforschung, Demokratiebildung, Klimaforschung, aber auch Medizin - man denke an die wissenschaftsfeindliche Diskurse rund um Corona-Maßnahmen – aktuell besonders betroffen scheinen, gelten solche Angriffe immer auch der Freiheit der Wissenschaft selbst.

Aus bestehenden Angeboten zu Information, Prävention und Beratung wie beispielsweise Scicomm-Support (<https://gruenlink.de/kukgpuj56l>) kann gelernt werden, um wissenschaftsfeindliche Angriffe einzudämmen.

Eine solide Finanzierung von Hochschulen und der gesamten Forschungslandschaft einschließlich Programmen zur Mobilität ist essenziell, um Wissenschaftsfreiheit zu ermöglichen und Sachsen langfristig als attraktiven Wissenschaftsstandort zu etablieren und weiterzuentwickeln.

Allerdings sieht der aktuelle Haushaltsentwurf der sächsischen Landesregierung signifikante Kürzungen an Universitäten, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Akademien und Studierendenwerken vor. Gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel ist besondere Wachsamkeit geboten, damit Budgetentscheidungen nicht als Instrument politischer Prioritätensetzung missbraucht werden. Denn finanzielle Kürzungen können schnell zur indirekten Steuerung und inhaltlichen Einflussnahme auf Forschung und Lehre führen, beispielsweise indem missliebige Forschungsthemen eingeschränkt werden.

Aus der Antwort des sächsischen Wissenschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drs 8/1713; <https://gruenlink.de/c6zm6u82zu>) geht hervor, dass nicht nur bereits bewilligte Fördergelder aus der Kofinanzierung von europäischen Forschungspartnerschaften zurückgenommen wurden und damit europäische Forschungsgelder in signifikantem Umfang in Sachsen ungenutzt bleiben. Vielmehr wird deutlich, dass insbesondere Projekte aus Bereichen der Erforschung von Lösungen für nachhaltige Entwicklungsziele und Klimaneutralität von europäischen Partnerschaften abgeschnitten werden. (<https://gruenlink.de/hsmn3lqfrp>)

Auch der Abbruch der Sonderförderung des Provenienzforschungs-Projekts an der Sächsischen Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek durch den Freistaat, das sich seit 2011 u.a. um die Identifizierung von NS-Raubgut und dessen Restitution bemüht, ist insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen NS-Raubkunstskandals an der Bayerische Staatsgemäldesammlung in München eine fatale Haushaltsentscheidung mit Folgen für die internationale Glaubwürdigkeit und Reputation Sachsens als Wissenschaftsstandort.

Wissenschaftliche Exzellenz und Innovationskraft entstehen nur dort, wo Forschende, Lehrende und Lernende ohne politischen und gesellschaftlichen Druck arbeiten können und verlässliche Ressourcen zur Verfügung haben. Um dies zu gewährleisten, gilt es auch, die Studierendenwerke zu stärken, die mit sozialem Wohnraum, günstiger Verpflegung und psychosozialer Unterstützung einen gleichberechtigten Zugang zu Studium und Hochschulen sicherstellen. Ihre Angebote ermöglichen ein erfolgreiches Studium vor dem Hintergrund der diversen Bedürfnisse einer pluralen Studierendenschaft und tragen damit maßgeblich dazu bei, Studienabbrüche zu vermeiden und Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Ihre verlässliche und ausreichende finanzielle Ausstattung ist ein weiterer zentraler Baustein für ein leistungsfähiges und inklusives Hochschulsystem in Sachsen.

V2

Antrag

Initiator*innen: LAG Ökologie & Landwirtschaft (dort beschlossen am: 07.04.2025)

Titel: **Für die Bewahrung unserer ökologischen Lebensgrundlagen – das Osterzgebirge vor erneuter Umweltzerstörung schützen!**

Antragstext

1 Im deutsch-tschechischen Grenzgebiet lagert bei Cínovec (tschechische Seite) und
2 Zinnwald (deutsche Seite) ein Lithiumvorkommen, das nach den Angaben von
3 Bergwerksunternehmen zu den größten Lagerstätten Europas zählen soll. Lithium
4 gilt derzeit noch als Schlüsselement für die Energiewende. Europas Industrie
5 ist auf den Import dieses Rohstoffs angewiesen. Die europäische Union und die
6 Bundesregierung wollen die heimische Gewinnung fördern.

7 Die sächsische Minderheitskoalition aus CDU und SPD hat in ihrem
8 Koalitionsvertrag angekündigt, künftige Bergbauvorhaben in Sachsen noch
9 schneller und einfacher zu bewilligen und bereitet die bergrechtliche
10 Genehmigung eines Lithium-Bergwerks in Zinnwald vor, während parallel dazu und
11 unabhängig davon auf der anderen Seite der Grenze das Unternehmen Geomet s.r.o.
12 Bergbauplanungen in noch größerer Dimension am selben Erzkörper vornimmt.

13 Sachsens historischer Wohlstand gründet sich auch auf den Bergbau. Die Sicherung
14 unserer Rohstoffunabhängigkeit durch heimischen Abbau ist zweifellos von großer
15 Bedeutung. Allerdings stellen sich bei diesem Vorhaben jenseits ökologischer
16 Belange auch hinsichtlich der wirtschaftlichen, fachlichen und ethischen
17 Grundlage gravierende Fragen, denn der vorgefundene Gesteinskörper gilt mit
18 einem Lithiumgehalt von 0,2 bis 0,25 % als erzarm.

19 Mit „Zinnwald Lithium“ wird eine international operierende Unternehmensgruppe in

20 Sachsen tätig. Es steht zu befürchten, dass die Gewinne der Ausbeutung abfließen
21 und nicht der Region zugutekommen werden. Ebenso wenig kann sichergestellt
22 werden, dass das geförderte Lithium in Europa verarbeitet wird.

23 Die heute schon angespannte Lage am Arbeitsmarkt wird durch den Personalbedarf
24 des Bergbaus den in der Region herrschenden Fachkräftemangel für die
25 eingesessenen Unternehmen weiter verschärfen.

26 Große Teile der umliegenden Region stehen unter Naturschutz und verfügen über
27 eine unvergleichliche Tier- und Pflanzenwelt. Die Orchideenwiesen im Bielatal
28 und Zugvögelschwärme auf der Liebenauer Höhe mit Arten, die nur noch hier
29 dokumentiert werden, lassen immer wieder staunen. Sonnentau, Knabenkraut,
30 Siebenstern und Sumpfwilchen sowie verschiedene Gräser sind hier noch oder
31 wieder zu finden. Auf dem Erzgebirgskamm bei Zinnwald und Cínovec befindet sich
32 ein Hochmoorkomplex von europaweiter Bedeutung.

33 Nach 1989 dauerte es viele Jahre, bis sich die Gegend von den Umweltauswirkungen des
34 SED-Regimes erholt hatte. Es bedurfte enormer Anstrengungen, die Bergwiesen zu
35 renaturieren und das ökologische Gleichgewicht zu stabilisieren. Der Bau der
36 Autobahn A17 Richtung Prag Ende der 1990er Jahre warf die Gegend erneut zurück,
37 weil wichtiger Lebensraum vieler Arten durch die neue Verkehrsader zerschnitten
38 wurde. Auch das Jahrhunderthochwasser 2002 hinterließ in den Tälern der Müglitz
39 und der Weißeritz seine Spuren.

40 Nun soll das Osterzgebirge abermals für Bergbauunternehmungen devastiert werden.
41 Erneuter Bergbau darf hier nur unter höchstmöglichen ökologischen Standards und
42 der unbedingten Einhaltung von Höchstbelastungsgrenzen der Region geplant und
43 umgesetzt werden. Insbesondere darf nur so viel Wasser der Landschaft entnommen
44 werden, wie ohne Beeinträchtigungen der zunehmend dürregeplagten Natur und der
45 von den begrenzten Trinkwasserressourcen abhängigen Bevölkerung möglich ist.
46 Dies erfordert eine strikte Höchstgrenze für den Umfang des Bergbaus, was
47 bergrechtlich jedoch nicht vorgesehen ist.

48 Spätestens ab 2030 sollen in Zinnwald jährlich bis zu 3 Millionen Tonnen Gestein
49 auf deutscher Seite gefördert werden. 30 bis 40 Prozent der Sande, die nach der
50 Abscheidung des Lithiums übrigbleiben, würden auf eine Spülkippe (*Abfalllager
51 für Aufbereitungsrückstände, welche unter Wasserzusatz fließfähig gemacht werden
52 und durch Rohrleitungen vom Anfallort auf den Endlagerort gepumpt werden*) bei
53 Bärenstein (zu Altenberg) oder auf einer Halde (*Endlager für bergbauliche
54 Massen, welche nicht wirtschaftlich nutzbar sind*) bei Liebenau im Quellgebiet
55 von Seidewitz und Trebnitz (derzeitige Vorzugsvariante) abgelagert werden. Hinzu
56 kommen jährlich bis zu 3,2 Millionen Tonnen Gestein auf tschechischer Seite, die
57 das Unternehmen Geomet s.r.o. heben soll. Der geplante Lithiumabbau stellt somit

58 selbst Fördermengen ehemaliger Bergbaubetriebe wie „Zinnerz Altenberg“ oder
59 „Wismut“ in den Schatten.

60 Im Osterzgebirge sind die Folgen der rücksichtslosen Ausbeutung der Bodenschätze
61 in der DDR-Zeit weiterhin präsent. Damalige Bergleute kämpfen noch heute um eine
62 Entschädigung für ihre gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

63 Die Region Altenberg – Geising – Zinnwald hat sich im Zuge des Klimawandels von
64 der noch bestehenden Wintersporttradition hin zu einem beliebten Sommerziel
65 entwickelt, das zudem per ÖPNV leicht erreichbar ist und künftig als
66 Sommerfrische prosperieren wird. Einige Gemeinden sind als sächsische Kur- und
67 Erholungsorte anerkannt. Der geplante Lithiumabbau würde das touristische Aus
68 für die Gegend bedeuten, die auch als Naherholungsgebiet für den Großraum
69 Dresden fungiert.

70 Bündnis 90/Die GRÜNEN Sachsen fordern:

71 Die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen muss endlich über wirtschaftlichen
72 Aktivitäten stehen und sich mit den langfristigen Folgen der Zerstörung unseres
73 Planeten messen.

74 Der Freistaat Sachsen muss bei diesem Bergbauvorhaben seine übergeordnete
75 Kontrollfunktion im Natur- und Umweltschutz in besonderer Weise wahrnehmen und
76 gleichwohl die gesellschaftlich relevanten Aufgaben der Ressourcensicherung
77 sowie der Rohstoffverfügbarkeit für den europäischen Markt absichern. Die
78 Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur vor Ort muss gewährleistet sein.

79 Für das Genehmigungsverfahren erwarten wir eine klare Trennung zwischen
80 Bergrecht und naturschutzfachlichen Belangen und fordern unabhängige Expertise
81 ein. Um dies sicherzustellen, dürfen Gutachtende und Bergbauunternehmen nicht
82 wirtschaftlich miteinander verflochten sein.

83 Wir fordern die konsequente Anwendung der „Konvention über die
84 Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen“ (Espoo-
85 Übereinkommen) im Zuge des geplanten Lithium-Bergbauprojekts.

86 Wir unterstützen die Erforschung, Anwendung und Etablierung eines deutschen
87 Bergbaus-Standards und setzen uns für minimalinvasive, ökologieschützende
88 Technologien ein. Dazu gehören auch Ausschlusskriterien, unter welchen
89 Bedingungen Bergbau nicht genehmigungsfähig ist. Darüber hinaus ist die
90 Kaskadennutzung vorhandener Halden in Betracht zu ziehen.

91 Seitens der Bergbauunternehmen muss es klare und verlässliche Aussagen zu den
92 Themen Flächen-, Energie- und Wasserbedarf, den zu erwartenden ökologischen
93 Beeinträchtigungen sowie den Umgang mit den Bergbaufolgeschäden geben. Wir
94 erwarten verbindliche Aussagen, welche Vorteile für die von der Unternehmung
95 betroffenen Anwohnenden in Aussicht gestellt werden.

96 Wir fordern politisches Engagement für die Einführung einer funktionierenden
97 Kreislaufwirtschaft statt der Förderung des Raubbaus an der Natur. Das Recycling
98 der in technischen Geräten verbauten Materialien vermag einen wesentlichen
99 Beitrag zur Gewinnung von Rohstoffen zu leisten.

100 Als BÜNDNISGRÜNER Landesverband im Herzen Europas setzen wir uns für den
101 gesamten Naturraum Osterzgebirge/Východní Krušné Hory ein. Wir stehen an der
102 Seite der Menschen in der deutsch-tschechischen Region und unterstützen ihre
103 Forderungen nach Information, Transparenz und Bürgerbeteiligung.

104 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Zukunft der UNESCO-Weltkulturerbestätte
105 Erzgebirge/Krušné hory im naturnahen Tourismus in einer einzigartigen montanen
106 Kulturlandschaft ohne Umweltzerstörung.

V3

Antrag

Initiator*innen: Linus Bauer, Katja Meier, Anna Cavazzini, Marie Müser, Jakob Lindenthal, Katharina Krefft

Titel: **Für ein starkes Europa in Sachsen –
Europapolitik stärken statt kürzen**

Antragstext

1 Wir brauchen Europa mehr denn je, das macht die aktuelle politische Lage
2 überdeutlich. Bündnis 90/Die Grünen sind Europapartei. Für uns sächsische
3 Bündnisgrüne ist das ganz besonders Teil unserer politischen DNA. Deshalb haben
4 wir in der vergangenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass die Chancen und
5 Vorteile der Europäischen Union bei den Menschen hier vor Ort in Sachsen
6 ankommen und erfahrbar sind.

7 So wurde mit dem Saxorail-Programm jungen Sächs*innen die Möglichkeit eröffnet,
8 ihren Kontinent und europäische Mitbürger*innen kennenzulernen. Damit Europa vor
9 Ort in Sachsen für die Menschen präsent und erlebbar ist, haben wir das Netzwerk
10 von Europa-Direkt-Büros flächendeckend ausgebaut. Regionalpartnerschaften, wie
11 mit der südfranzösischen Region Okzitanien, der südspanischen Region Andalusien
12 und Latio in Italien wurden gezielt gestärkt, um Sachsen dort zu verorten, wo es
13 hingehört: Im Herzen Europas.

14 Als Grenzregion und Tor zu unseren Nachbarn Polen und Tschechien kommt unserem
15 Bundesland eine besondere Aufgabe der europäischen Verständigung zu. Ob Bildung,
16 Mobilität oder Wirtschaft, ob Kultur oder Gesundheit – in all diesen Bereichen
17 haben wir in den letzten Jahren mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung mehr
18 Möglichkeiten geschaffen. Kooperationen sind gewachsen und haben auch neue
19 Formen angenommen – im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden
20 Katastrophenschutz in der böhmischen und sächsischen Schweiz, oder bei der Frage
21 des Rechtsstaats in Polen.

22 Insbesondere in Zeiten zunehmender rechtsextremer Fremdenfeindlichkeit und in
23 Zeiten, in denen sich die Zustimmungswerte zur demokratischen Grundordnung auf
24 einem besorgniserregenden Tiefstand befinden, braucht es mehr statt weniger
25 Europa. Die aktuell höchsten Zustimmungswerte zur EU europaweit zeigen, dass
26 viele Europäer*innen das verstanden haben. Es braucht mehr denn je Programme,
27 die authentische Erfahrungen mit dem europäischen Projekt ermöglichen -
28 Begegnung mit anderen Kulturen, das Überwinden sprachlicher Barrieren – all das
29 sind Erfahrungen, die nachhaltig wirken.

30 Mit Erschrecken nehmen wir vor diesem Hintergrund die europapolitischen Pläne
31 der CDU-SPD-Minderheitsregierung in Sachsen wahr. Insgesamt sollen die Mittel
32 für europapolitische Zusammenarbeit von 2,17 Mio. Euro nahezu halbiert werden
33 auf 1,16 Mio. Euro. In Zeiten von erstarkendem europafeindlichem Populismus ist
34 das fatal kurzfristig. Der europapolitische Kahlschlag der CDU-SPD-
35 Minderheitsregierung stellt eine Gefahr für den europäischen Zusammenhalt in
36 Sachsen dar und ist Wasser auf den Mühlen aller Europafeinde und
37 Nationalist*innen.

38 Wir als Bündnisgrüne stellen uns gegen die geplante Abschaffung des Saxorail-
39 Tickets für junge Menschen, gegen die massiven Kürzungen und damit verbundenen
40 Schließungen von Europa-Direkt-Büros in Sachsen und gegen die Einstellung
41 unserer sächsischen Regionalpartnerschaften.

42 Wir fordern außerdem eine Vertiefung der Beziehungen Sachsens zu unseren
43 Nachbarn Polen und Tschechien. Zentrale Bedeutung kommt dabei dem weiteren Ausbau
44 bewährter Formate wie dem sächsisch-tschechischen Regionalforum zu, das als
45 Plattform für den kontinuierlichen Austausch u.a. über grenzüberschreitende
46 Mobilität, Arbeitsmarktintegration und nachhaltige Regionalentwicklung dient.
47 Auch Schüler*innenaustausche, gemeinsame Freiwilligendienste, europäische
48 Bildungsangebote für alle Altersgruppen sowie der Nachbarsprachenunterricht an
49 sächsischen Kitas und Schulen müssen gezielt gestärkt, erweitert und dauerhaft
50 finanziell gesichert werden.

51 Die Notwendigkeit, den sächsischen Haushalt zu konsolidieren, ist
52 nachvollziehbar. Hierfür jedoch die europapolitische Arbeit und das Engagement
53 der europäischen Zivilgesellschaft in Sachsen zu opfern, ist für den
54 europäischen Gedanken in Sachsen gefährlich. Die Visionslosigkeit,
55 Kleingeistigkeit und Provinzialität der amtierenden Regierung wird Sachsen
56 wirtschaftlich, politisch und kulturell auf die Füße fallen.

57 Geradezu zynisch erscheint es, dass allein die Mittel für Repräsentationszwecke
58 - allen voran der sächsische Weihnachtsmarkt in der Brüsseler Landesvertretung -
59 im Haushaltsentwurf der schwarz-roten Minderheitsregierung einen Aufwuchs

60 erfahren haben. Darin zeigen sich eindrücklich die europapolitischen Prioritäten
61 der neuen Staatsregierung: Weihnachtsmarkt statt Stärkung jener, die sich in
62 Sachsen für Europa einsetzen.

63 Wir fordern vor diesem Hintergrund ein europapolitisches Umlenken der
64 Landesregierung und eine ambitionierte Arbeit am europäischen Gedanken in
65 Sachsen. Die europäische Zivilgesellschaft in unserem Bundesland braucht
66 gezielte Stärkung und Verlässlichkeit. Dafür kämpfen wir als europäische
67 Oppositionspartei. Sachsen braucht ein lebendiges Europa.

Begründung

Der jüngste Haushaltsentwurf zeigt eine besorgniserregende, europapolitische Ambitionslosigkeit der neuen Landesregierung. Hier wird klar: Es waren wir Bündnisgrüne, die in den letzten Jahren den europäischen Gedanken in der sächsischen Landesregierung hochgehalten haben. Dieser gerät nun unter die Räder. Und das in Zeiten, in denen die Wichtigkeit europäischen Zusammenhalts offensichtlicher werden denn je.

Die Haushaltsmittel für europäische Direktbüros will Schwarz-Rot von 175.000 Euro auf 72.000 Euro kürzen, mehrere Büros werden deshalb wohl schließen müssen. Die Mittel zur "Förderung des Europagedankens" sollen von 120.000 Euro auf 62.000 Euro gekürzt werden. Die Regionalkooperationen mit Andalusien, Tschechien und Okzitanien in Südfrankreich kommen damit zum Erliegen. Besonders drastisch fallen die Kürzungen bei den Mitteln zur Förderung der "Europäischen Zivilgesellschaft in Sachsen" aus. Hier soll von 490.000 Euro auf 178.000 Euro gekürzt werden. Ein europapolitischer Kahlschlag in solchen Zeiten? Das ist politisch hochgradig kurzsichtig.

Die einzige Mittelerhöhung im europapolitischen Haushalt Sachsens findet für den alljährlichen Weihnachtsmarkt in der sächsischen Landesvertretung in Brüssel statt. Repräsentanz hat offensichtlich höhere Priorität als die Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft in Sachsen. Wir kritisieren das und fordern mit diesem Antrag ein Umlenken der sächsischen Landesregierung.

Durch Maßnahmen wie die Vertiefung der Beziehungen Sachsens zu unseren Nachbarn Polen und Tschechien, die Intensivierung von Schüler*innenaustauschen, die Fortführung des Saxorail-Tickets für junge Sächs*innen, die Förderung grenzüberschreitender Freiwilligentätigkeiten, den Ausbau europäischer Bildungsangebote für alle Generationen und das Erlernen von Nachbarsprachen an sächsischen Schulen wollen wir eine Stärkung des europäischen Gedankes in Sachsen unterstützen.

Antrag

Initiator*innen: Maria Untch (KV Bautzen)

Titel: **Bürgerräte gesetzlich verankern – Beteiligung ermöglichen, Demokratie stärken**

Antragstext

1 Bürgerräte sind ein wirksames Instrument, um Menschen direkt in politische
2 Entscheidungsprozesse einzubinden – auf Augenhöhe, konstruktiv und vielfältig.
3 Durch die Zufallsauswahl entsteht ein repräsentativer Querschnitt der
4 Bevölkerung. Auch diejenigen, die sich sonst selten zu Wort melden oder keinen
5 direkten Zugang zu politischen Debatten haben, werden einbezogen. Bürgerräte
6 fördern so nicht nur die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen,
7 sondern stärken auch das Vertrauen in Politik und Verwaltung.

8 In einer Zeit, in der politische Prozesse als immer komplexer und entfernter
9 erlebt werden, schaffen Bürgerräte Nähe, Transparenz und ein neues Miteinander.
10 Sie ermöglichen es, gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden – sachlich,
11 respektvoll und mit Blick auf das Gemeinwohl. Die Beteiligten erleben, dass ihre
12 Stimme zählt und politische Gestaltung möglich ist.

13 Professionelle Moderation der Beteiligung sorgt dafür, dass auch die leisen
14 Stimmen gehört werden. Der Fokus auf einzelne Sachthemen lässt
15 Parteiorientierungen in den Hintergrund treten und ermöglicht
16 konsensorientiertes Arbeiten.

17 Die von Bürgerräten erarbeiteten Lösungen haben eine sehr hohe Glaubwürdigkeit
18 und deshalb gute Chancen, von einer breiten Bevölkerungsmehrheit akzeptiert zu
19 werden - besonders bei komplexen und polarisierenden Themen.

20 **Gute Erfahrungen in Sachsen – jetzt den nächsten Schritt gehen und den**

21 **Erfahrungsvorsprung nutzen**

22 In der vergangenen Legislaturperiode wurde mit der Förderrichtlinie
23 Bürgerbeteiligung erstmals ein konkretes Instrument geschaffen, mit dem Kommunen
24 und zivilgesellschaftliche Organisationen finanzielle Unterstützung für
25 Beteiligungsformate beantragen konnten. Zahlreiche Projekte sind daraus
26 hervorgegangen – darunter auch Bürgerräte, Beteiligungswerkstätten oder
27 Jugendbeteiligungsprozesse.

28 Begleitet wurde dies durch den Aufbau eines landesweiten Netzwerks für
29 Beteiligung, das als Plattform für Austausch, Qualifizierung und Vernetzung
30 dient. Die positive Resonanz zeigt: Es gibt ein großes Interesse an Beteiligung
31 – sowohl auf kommunaler Ebene als auch in der Zivilgesellschaft. Diese
32 Entwicklungen gilt es nun zu verstetigen und strukturell zu verankern.

33 **Daher bittet die Landesversammlung die Bündnisgrüne Landtagsfraktion:**

34 **Eine gesetzliche Grundlage für Bürgerräte in den Landtag einzubringen**, die es
35 Kommunen, Landkreisen und dem Freistaat ermöglicht, Bürgerinnen und Bürger per
36 Zufallsauswahl rechtssicher in Beteiligungsprozesse einzubeziehen. Damit
37 entfallen aufwendige Einzelregelungen in jeder Gebietskörperschaft. Stattdessen
38 entsteht ein verlässlicher Rahmen mit einheitlichen Standards zur Durchführung,
39 Auswahl, Moderation, Transparenz und Auswertung von Bürgerräten – ohne Pflicht
40 zur Umsetzung.

41 **Die Staatsregierung fordern wir auf:**

42 **Das landesweite Netzwerk für Beteiligung weiterzuentwickeln und zu verstetigen**,
43 und so den Austausch zwischen Kommunen, Freistaat, Zivilgesellschaft und
44 Wissenschaft zu ermöglichen und dabei Qualität und Wirkung von Beteiligung
45 dauerhaft zu sichern.

46 **Finanzielle Mittel verlässlich bereitzustellen**, um staatliche und
47 zivilgesellschaftliche Träger bei der Durchführung von Bürgerräten und weiteren
48 Beteiligungsformaten zu unterstützen. Die Förderrichtlinie hat sich durch ihre
49 niedrigschwellige, bürokratiearme und einfache Beantragung bewährt – sie muss
50 langfristig und verlässlich fortgeführt und ausgebaut werden.

51 **Demokratie lebt von Beteiligung – auch zwischen den Wahlen.**

52 Mit einer gesetzlichen Grundlage, funktionierenden Netzwerken und ausreichender

53 finanzieller Unterstützung kann Sachsen eine Vorreiterrolle in Sachen
54 demokratischer Beteiligung einnehmen. Bürgerräte sind ein Schlüssel für eine
55 lebendige, inklusive und zukunftsfähige Demokratie und ertüchtigen das
56 politische System gegen populistische Angriffe.

57 Antragssteller*innen: Maria Untch, Franziska Schubert, Katja Meier, Hagen
58 Domaška

V5

Antrag

Initiator*innen: LAG Energie & Klima (dort beschlossen am: 24.04.2025)

Titel: **Mit Windkraft den Erfolg der Energiewende sichern**

Antragstext

1 Die Energiewende ist für den Freistaat Sachsen von essentieller Bedeutung. Nur
2 mit einer gelungenen Transformation zu erneuerbaren Energien bleibt Sachsen
3 Energieland. Das sichert wirtschaftlichen Erfolg, Arbeitsplätze, Resilienz und
4 erschwingliche Strompreise. Sie ist dringend notwendig für unseren Klimaschutz.

5 Wir sehen es daher als essentiell an, dass der Pfad der letzten Jahre konsequent
6 weiterverfolgt wird. Nach langen Jahren der Unsicherheit konnte durch die
7 Festlegung des Ziels, bis 2027 2% der Landesfläche als Windvorranggebiete
8 auszuweisen, endlich Planungssicherheit geschaffen werden. Diese
9 Planungssicherheit muss erhalten werden, da sie den Ausbau beschleunigt,
10 aufwändige doppelte Regionalplanungsverfahren vermeidet und es Sachsen erlaubt,
11 beim Ausbau der Windenergie endlich zu vielen anderen Bundesländern
12 aufzuschließen.

13 Von der neuen Staatsregierung fordern wir Ehrlichkeit ein. Reines Repowering
14 bestehender Windkraftanlagen wird unseren Energiebedarf nicht decken können.

15 Gleichzeitig müssen die Herausforderungen bei der Flächenausweisung anerkannt
16 werden (militärische Gelände, Naturdenkmäler und weitere). Die Kommunen müssen
17 verlässlich unterstützt werden, etwa durch Beratungsangebote, bspw. der SAENA.

18 Gemeinsam mit unserer Bündnisgrünen Fraktion und ihren Mandatsräger:innen werden
19 wir uns dafür einsetzen, dass die Energiewende beschleunigt wird. Dies gilt beim
20 Ausbau der erneuerbaren Erzeugung, dem Netzausbau und den Speicherkapazitäten

21 ebenso, wie bei der Dynamisierung des Verbrauchs.
22
23 Gesetzesänderungen und anderen Vorhaben, welche diese Ziele konterkarieren,
24 werden wir uns im Schulterchluss mit den sächsischen Unternehmen, Fachverbänden
25 und der Klimabewegung entgegenstellen.

Begründung

Noch immer werden in Sachsen fossile Energieträger zur Stromerzeugung verbrannt und verschärfen die Klimakrise. Ein energischer Ausbau der Windkraft drängt Kohle und Gas ökonomisch aus dem Markt und sorgt gleichzeitig bei Verbraucher:innen und Unternehmen für sinkende Energiepreise. Es macht uns unabhängiger von Energieimporten und senkt dadurch wirtschaftliche Risiken.

Derzeit werden in Sachsen nur 0,2 % der Landesfläche für Windkraftanlagen genutzt. Gleichzeitig hat die Planungssicherheit dazu entscheidend beigetragen, dass der Hochlauf deutlich beschleunigt wurde. So wurden im Freistaat Sachsen in den Quartalen 1-3 des Jahres 2024 insgesamt 44 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 259 MW nach dem BImSchG genehmigt. Das sind allein schon so viele wie in den Jahren 2022 und 2023 zusammen.

Es war ein von uns Bündnisgrünen errungener Kernerfolg der Kenia-Regierung, das 2% Flächenziel von 2032 auf 2027 vorzuziehen. Bundesgesetzlich ist die Ausweisung von 1,3 % der Fläche in 2027 und 2 % in 2032 vorgeschrieben (das letztere wollen CDU und SPD im Bund „überprüfen“.) Das Vorziehen des 2% Zieles sollte es auch vermeiden, dass die regionalen Planungsverbände in dieser Zeit ein und dasselbe Verfahren zwei Mal durchlaufen müssten. Wir erleben jetzt schon, wie schwierig und langwierig diese Verfahren sind. Die dortigen Schwierigkeiten würden durch einen Aufschub nur noch länger einer Lösung harren.

Geliefert haben wir Bündnisgrünen bereits in Sachen finanzieller Beteiligung der Kommunen. Dank des vom Landtag beschlossenen sächsischen Beteiligungsgesetzes erhalten die Kommunen 0,2 Cent pro erzeugter kWh Strom für alle Anlagen die ab 1.1.2025 genehmigt wurden. Für Sachsen bedeutet dies durchschnittlich 3000 Euro jährlich je installiertem Megawatt Leistung. Die im 1. Quartal 2025 genehmigten Anlagen würden so jeweils durchschnittlich 20.000 Euro für die Kasse der jeweiligen Kommune bedeuten und somit wichtige Projekte und Aufgaben vor Ort unterstützen.

Die Einreichung dieses Antrages wurde in der LAG Energie und Klima am 24.4.2025 mit dem Zusatz beschlossen, den Antrag anderen Landesarbeitsgemeinschaften und Akteur:innen im Landesverband vorzustellen und ihn mit etwaigen Änderungsvorschlägen auch aus der LAG Energie und Klima bis zur Frist für Änderungsanträge ggf. weiter zu qualifizieren. Nehmt gern Kontakt auf, wenn ihr einen Vorschlag habt. Änderungsanträge direkt hier im Antragsgrün zu stellen, bleibt euch natürlich weiterhin möglich und freut uns ebenso.

Für die LAG Energie und Klima
Norbert.Engemaier@gruene-dresden.de

Antrag

Initiator*innen: Jan Hamisch (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge)

Titel: **Einzigster Nationalpark in Sachsen – der Natur die Freiheit lassen und für die Menschen bewahren**

Antragstext

1 Der Nationalpark „Sächsische Schweiz“, am 1. Januar 1990 gegründet, ist einer
2 von 16 Nationalparks in Deutschland. Er ist der einzige Nationalpark in Sachsen
3 und wurde eingerichtet, um die einzigartige Landschaft sowie die vielfältige
4 Flora und Fauna der Sächsischen Schweiz zu bewahren. Mit 9.350 Hektar gehört er
5 flächenmäßig zu den kleinsten Nationalparks Deutschlands. Zusammen mit dem
6 unmittelbar angrenzenden Nationalpark „Böhmische Schweiz“ bietet er auf 16.350
7 Hektar großräumigen Schutz für Tier- und Pflanzenarten.

8 **Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen bekennen uns klar zum Nationalparkstatus des**
9 **Nationalparks „Sächsische Schweiz“.**

10 Wir fordern die Sächsische Staatsregierung auf,

11 1. sich uneingeschränkt zum Nationalparkstatus des Nationalparks „Sächsische
12 Schweiz“ zu bekennen und

13 2. einen sinnvollen Ausgleich zwischen Naturschutzbestrebungen und kommunalen
14 Bedürfnissen herzustellen, bei dem der Naturschutz nicht nachrangig ist.

15 **Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen** wollen gemeinsam mit den Kommunen die Konflikte
16 zwischen hohem Gästeaufkommen und Naturschutz sowie zwischen dem Wunsch nach
17 wirtschaftlicher Entwicklung und begrenzten Flächen besser in Einklang bringen.
18 Wir unterstützen Überlegungen zur Novellierung der Verordnung über die
19 Nationalparkregion „Sächsische Schweiz“. Sowohl der Nationalpark als auch das

20 Landschaftsschutzgebiet und die Entwicklungsperspektiven für die Kommunen haben
21 für uns hohen Stellenwert. Diese Ziele dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten
22 der einzigartigen Natur und Landschaft ausgeglichen werden. Die immer wieder
23 diskutierte Herabstufung des Schutzstatus kommt für uns **BÜNDNIS 90/DIE**
24 **GRÜNENSachsen** nicht infrage.

25 **Wir BÜNDNISGRÜNEN Sachsen** befürworten das Projekt, Flurstücke mit kommunalen
26 Entwicklungszielen naturschutzfachlich verträglich aus dem
27 Landschaftsschutzgebiet zu entnehmen, und begrüßen den angestoßenen Dialog
28 zwischen Forst- und Nationalparkverwaltung sowie den an das
29 Landschaftsschutzgebiet angrenzenden Gemeinden.

30 **Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen** appellieren an die Gemeinde Lohmen, den
31 eingeschlagenen Klageweg gegen den Nationalpark und die Nationalparkverordnung
32 in all seinen Konsequenzen zu überdenken.

33 **Wir BÜNDNISGRÜNENSachsen** unterstützen die Anstrengungen, das bestehende 400 km
34 umfassende Wanderwegenetz gemeinsam mit Bergsport- und Wanderverbänden,
35 Naturschutzverbänden, Kommunen und der Nationalparkverwaltung dauerhaft zu
36 sichern. Dies gilt auch für den Erhalt der Bergbauden und der dazugehörigen
37 Infrastruktur als wichtige historische Standorte. Um den Wert unberührter Natur
38 stärker ins Bewusstsein zu rücken und die Akzeptanz für den Schutz dieses
39 kostbaren Guts zu erhöhen, ist das direkte Erleben in der Natur essenziell. Auch
40 die Kernzone des Nationalparks soll deshalb weiterhin auf markierten Wegen
41 betreten werden können.

42 Der Nationalpark „Sächsische Schweiz“ ist ein Alleinstellungsmerkmal und ein
43 mehrfacher Gewinn für die Region und für Sachsen. Mit 0,5 % der Landesfläche ist
44 er eines der größten zusammenhängenden Gebiete, in denen die Natur sich selbst
45 überlassen bleibt. „Die Natur Natur sein lassen“ – diesem universellen Motto
46 aller Nationalparks wird auch hier gefolgt. Unberührte Rückzugsorte für Pflanzen
47 und Tiere sind ein großer Mehrwert, der in Sachsen immer seltener entstehen
48 kann.

49 Nach einigen Jahrzehnten zeigen solche Gebiete, wie sich die Natur – ohne
50 größere menschliche Eingriffe – an die sich verändernden klimatischen
51 Bedingungen anpasst. Da heute niemand mit Sicherheit sagen kann, welche
52 Baumarten und Waldökosysteme am besten mit den Veränderungen zurechtkommen, sind
53 die Erkenntnisse aus der ungestörten Waldentwicklung für gegenwärtige und
54 künftige Generationen von großem Wert. Denn die natürliche Waldentwicklung
55 bietet langfristig den besten Schutz vor Waldschäden jeglicher Art.

56 Die Nationalparkregion „Sächsische Schweiz“ gehört aber auch zu den am stärksten
57 durch den Klimawandel gefährdeten Regionen in Deutschland. Über 2.000 Hektar des
58 einst 4.000 Hektar umfassenden Fichtenforsts sind durch Klimawandel und
59 darauffolgende Borkenkäferinvasion abgestorben. Im Jahr 2022 zerstörte ein
60 verheerender Waldbrand rund 110 Hektar Wald – das entspricht etwa 1,2 % der
61 Gesamtfläche des Nationalparks. Der Wald erholt sich jedoch schnell, vielfältig
62 und naturnah, wenn man den Selbstheilungskräften der Natur freien Lauf lässt.
63 Viele spezialisierte Pflanzen- und Insektenarten haben sich bereits angesiedelt.
64 Bei einer Untersuchung im Jahr 2024 wurden 663 Käferarten im Nationalpark
65 nachgewiesen, **40** davon erstmals.

66 Das Nationalparkkonzept „Natur Natur sein lassen“ wird heute von vielen Menschen
67 positiv gesehen. Einzigartig in seiner gewachsenen ökologischen Vielfalt, ist
68 der seit 35 Jahren bestehende Nationalpark eine Erfolgsgeschichte. Zum 01.
69 Januar 2024 wurden Teile des Forstbezirks Neustadt in Sachsen und die bisherige
70 Nationalparkverwaltung zusammengeführt. Dank des großartigen Engagements der
71 Mitarbeitenden der „Nationalpark – und Forstverwaltung Sächsische Schweiz“
72 entwickelt sich der Nationalpark zu einem Vorzeigeprojekt des Naturschutzes weit
73 über den Freistaat hinaus.

74 **Der Schutz und die Entwicklung von Nationalparks sind eine Generationenaufgabe**
75 **und sollte im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen.**

76 ¹ Siehe Nationalparkregion Sächsische Schweiz – Prüfung naturschutzfachlich
77 verträglicher Flurstücksentnahme: <https://gruenlink.de/84ipkw7ee>

Begründung

**Den Antrag "Einzigster Nationalpark in Sachsen – der Natur die Freiheit lassen und für die Menschen
bewahren" reichen ein:**

Ines Kummer - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Lucia Bellora-Bienengraeber - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Thomas Löser - KV Dresden

Jan Hamisch - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Unterstützt werden wir dabei von:

Grit Friedrich - KV Dresden

Jan Wenzel - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Anne Hentschel - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Lydia Engelmann - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Mario Noack - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Bärbel Falke - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Natalie Spittler - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Felix Spittler - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Anke Böhme - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Anne Johannsen - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Matthias Gottschalk - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Paul Löser - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Jana Ketzenberg-Schmid - KV Barnim (Brandenburg)
Matthias Höhle - KV Bautzen-Budyšin
Torsten Schulze - KV Dresden
Tilo Schneider - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Frank Schmidt - KV Bautzen-Budyšin
Maria Giesing - KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
und viele viele mehr....

V7

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen (dort beschlossen am: 25.04.2025)

Titel: **Vielfaltsstatut von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen**

Antragstext

1 Präambel

2 Die Vielfalt unserer Partei ist unsere Stärke. Wir teilen politische Macht und
3 verstehen uns als Bündnispartei, die auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen
4 offen ist für unterschiedliche Erfahrungen, Vorstellungen, Denk- und
5 Handlungsansätze. Wir sind auf vielfältiges biographisches Erfahrungswissen und
6 vielfältige Perspektiven aus der demokratischen Breite der Gesellschaft
7 angewiesen, um als Partei umfassende Antworten auf Fragen zu finden, die uns als
8 gesamte Gesellschaft betreffen.

9 Wir machen es uns deshalb zur Aufgabe, unsere Strukturen so zu gestalten, dass
10 sie inklusiv und nichtdiskriminierend wirken. Gruppenbezogene
11 Menschenfeindlichkeit wie zum Beispiel in Bezug auf das Geschlecht, die sexuelle
12 Orientierung, die ethnische sowie sozio-ökonomische Herkunft, körperliche und
13 geistige Fähigkeiten, die Religion und die Weltanschauung, Lebensentwürfe, eine
14 Behinderung, eine gesundheitliche Beeinträchtigung oder das Lebensalter, lehnen
15 wir ab und stellen uns gemeinsam dagegen.

16 Unsere Parteistrukturen und Inhalte müssen transparent, also verständlich und
17 zugänglich sein. Wir machen unsichtbare und ausschließende Strukturen sichtbar
18 und stärken in unserer Partei Räume, in denen Menschen mit
19 Diskriminierungserfahrungen sich in geschütztem Rahmen austauschen, vernetzen
20 und gegenseitig stärken können. Die Repräsentation von gesellschaftlich
21

22 diskriminierten oder benachteiligten Gruppen sollte mindestens ihrem
gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene entsprechen.

23 Auch in Sachsen wollen wir die Vielfältigkeit der Menschen sichtbar abbilden.
24 Alle Untergliederungen und Teilorganisationen sowie Gremien und Versammlungen
25 sind dazu angehalten, diese Ziele zu achten und zu stärken - mit dem Ziel
26 Zusammenhalt in Vielfalt.

27 **§1 Repräsentation**

28 1 Wir wollen, dass sich vielfältige Perspektiven in unserer Partei abbilden. Die
29 Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen
30 mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene ist
31 unser Ziel.

32 2 Der Landesvorstand wird alle zwei Jahre eine Evaluierung zur
33 Diversitätsrepräsentation bei Funktionär*innen, Parlamentarier*innen und
34 Angestellten auf Landesebene durchführen. Dabei soll dargestellt
35 werden, inwiefern sich die Vielfalt der Gesellschaft in der Zusammensetzung der
36 Befragten widerspiegelt und welche Erfahrungen mit Diskriminierung es gibt.

37 3 Ein Bericht dazu wird alle zwei Jahre auf der Landesversammlung nach
38 vorheriger Diskussion im Landesparteierrat und einem Kreisvorständetreffen
39 vorgestellt und diskutiert.

40 **§ 2 Versammlungen**

41 1 Präsidien sollen möglichst vielfältig besetzt werden. Menschen, die
42 diskriminierten Gruppen angehören, werden bei der Besetzung vorrangig
43 berücksichtigt.

44 2 Bei internen und externen Veranstaltungen wird darauf geachtet, dass die
45 Referent*innen die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln.

46 3 Alle Veranstaltungen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sind grundsätzlich
47 barrierefrei zu gestalten. Mitglieder des Präsidiums achten auf für alle
48 verständliche Sprache bei der Kommunikation im Präsidium und weisen auch
49 Redner*innen darauf hin, sich um Verständlichkeit zu bemühen. Zudem müssen neben
50 dem physischen Zugang u. a. auch zeitliche, finanzielle und soziale Faktoren
51 berücksichtigt werden. Dabei ist für uns auch der Weg zur und von
52 Veranstaltungen gemeint. Wir informieren über Barrieren auf den Weg vom letzten

53 öffentlichen Verkehrsmittel vor den Veranstaltungsorten. Wir Bündnisgrüne stellen
54 sicher, dass alle Parteiveranstaltungen für Menschen, die diskriminierten
55 Gruppen angehören, eine sichere Umgebung darstellen. Näheres regelt der
56 Leitfaden für Barrierefreiheit bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie das Konzept des
57 Landesverbands für die Prävention von und den Umgang mit sexualisierter Gewalt
58 inkl. Awarenessstrukturen für Veranstaltungen.

59 **§ 3 Einstellung von Arbeitnehmer*innen**

60 1 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen verpflichtet sich als Arbeitgeber*in dem
61 Vielfaltsstatut und der Stärkung von Menschen, die diskriminierten Gruppen
62 angehören. Bei bezahlten Stellen soll sich auf allen Qualifikationsebenen die
63 gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln.

64 2 Dazu sind Stellenausschreibungen so zu gestalten, dass sie den Zielen des
65 Vielfaltsstatuts entsprechen und Menschen, die diskriminierten Gruppen
66 angehören, besonders ansprechen.

67 3 In Bereichen, in denen Menschen, die diskriminierten Gruppen angehören,
68 unterrepräsentiert sind, werden diese bei Einstellungen bei gleicher Kompetenz
69 bevorzugt.

70 4 Bei der Zusammenarbeit mit Partner*innen und Dienstleister*innen wird darauf
71 geachtet, dass diese diskriminierungsfrei arbeiten. Eine Zusammenarbeit mit
72 Personen oder Organisationen, die den Zielen einer vielfältigen Gesellschaft
73 widersprechen, findet nicht statt.

74 **§ 4 Empowerment und Weiterbildung**

75 1 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen schafft Angebote zum Empowerment (Stärkung) von
76 diskriminierten oder in der Partei unterrepräsentierten Gruppen.

77 2 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen schafft Angebote für die diversitätspolitische
78 und diskriminierungskritische Aus- und Weiterbildung. Alle Mandatsträger*innen,
79 Amtsträger*innen und Mitarbeiter*innen der Partei sowie die Sprecher*innen der
80 Kreisverbände sollen einmal in 2 Jahren an einer solchen Maßnahme teilnehmen.

81 3 Der Landesverband stellt in Zusammenarbeit mit der Bundespartei für die in
82 Absatz 1 und 2 genannten Aufgaben Mittel zur Verfügung.

83 4 Zentrale Informationen, Partei- und Wahlprogramme sollen zusätzlich in

84 Leichter Sprache sowie auf Sorbisch und in Englisch zugänglich gemacht werden.

85 **§ 5 Delegation zum Diversitätsrat**

86 1 Der Landesverband entsendet ein Mitglied des Landesvorstandes und ein
87 Basismitglied in den Diversitätsrat des Bundesverbandes.

88 2 Für die Delegation des Landesvorstandes hat der Landesvorstand ein
89 Vorschlagsrecht, eine Bewerbung für die Basisdelegation steht jedem Mitglied von
90 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen offen. Für jede Delegation sind Ersatzdelegierte
91 zu wählen. Bei der Delegation ist die Repräsentanz der Vielfalt der Gesellschaft
92 zu beachten.

93 3 Die Delegation wird alle 2 Jahre, beginnend mit der Basisdelegation, auf einem
94 Landesparteitag gewählt.

95 4 Die Delegierten berichten regelmäßig dem Landesvorstand und der Landespartei
96 über die Arbeit des Diversitätsrates.

97 **§ 6 Landesarbeitsgemeinschaften**

98 1 Zu den für Vielfalt zuständigen Gremien gehören neben dem Landesvorstand auch
99 Landesarbeitsgemeinschaften, die sich vorrangig mit Aspekten von Vielfalt und
100 Diskriminierung auseinandersetzen, so die LAG Soziales, die LAG
101 Geschlechterpolitik, LAG Sorbisches Leben, LAG Demographischer Wandel, LAG
102 Migration, Integration, Antidiskriminierung, LAG Bildung sowie die LAG
103 Christinnen und Christen.

104 2 Vielfalt ist gleichzeitig ein Querschnittsthema für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN,
105 das von allen Landesarbeitsgemeinschaften bearbeitet werden soll.

106 3 Der Landesvorstand kann die Sprecher*innen der oben genannten
107 Landesarbeitsgemeinschaften bei Bedarf zu einer Projektgruppe Vielfalt
108 zusammenrufen.

109 **§ 7 Projektgruppe Vielfalt**

110 1 Der Landesvorstand soll die Projektgruppe Vielfalt einberufen, um sich bei
111 Weiterentwicklungen von Vielfalts-Maßnahmen oder der Einführung neuer Maßnahmen
112 beraten zu lassen.

113 2 Die Projektgruppe Vielfalt hat das Recht, zu allen Anträgen an die
114 Landesversammlung, die die vielfaltspolitischen Grundsätze von BÜNDNIS 90/ DIE
115 GRÜNEN Sachsen betreffen, Stellung zu nehmen.

116 3 Die Projektgruppe Vielfalt berät über Angelegenheiten der Diversitätspolitik
117 der Partei zwischen den Landesversammlungen und befasst sich mit
118 Angelegenheiten, die der Landesvorstand an sie delegiert. Die Ergebnisse dieser
119 Beratungen müssen dem Landesparteirat vorgelegt werden.

120 **§ 8 Vielfaltspolitische Sprecher*in**

121 1 Aus der Mitte des Landesvorstands wird entsprechend der Satzung von BÜNDNIS
122 90/ DIE GRÜNEN Sachsen ein*e vielfaltspolitische*r Sprecher*in von der
123 Landesversammlung gewählt.

124 2 Die*der vielfaltspolitische Sprecher*in hat die Aufgabe, die Vielfaltspolitik
125 im Landesverband in Zusammenarbeit mit der „Projektgruppe Vielfalt“ zu steuern,
126 strategisch weiterzuentwickeln sowie nach innen und außen zu kommunizieren.

127 **§ 9 Vielfaltsreferent*in**

128 1 In der Landesgeschäftsstelle soll ein*e Vielfalts-Referent*in eingestellt
129 werden.

130 2 Die*der Vielfalts-Referent*in fördert in Zusammenarbeit mit der*dem
131 vielfaltspolitischen Sprecher*in und der Projektgruppe Vielfalt die Sensibilität
132 für die Ziele dieses Statuts, konzipiert im Landesverband die Sensibilität für
133 die Ziele dieses Statuts und konzipiert Maßnahmen, die zur angestrebten
134 gleichberechtigten Teilhabe und der Repräsentanz von diskriminierten Gruppen und
135 Menschen innerhalb von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen und in der Gesellschaft
136 beitragen, berät und unterstützt alle Gliederungen innerhalb des Landesverbandes
137 aktiv bei der Implementierung von Diversitätsbewusstsein sowie bei der Umsetzung
138 der entwickelten Maßnahmen für mehr gelebte Vielfalt.

139 3 Die*der Vielfalts-Referent*in hat Zutritts-, Einsichts- und Mitspracherecht in
140 den Gremien des Landesverbandes.

141 **§ 10 Geltung**

142 1 Das Vielfalts-Statut ist Bestandteil der Satzung des Landesverbandes von
143 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen. Es tritt am Tag seiner Beschlussfassung in

144 Kraft.

145 2 Die Kreisverbände sind aufgefordert, Regelungen in ihre Satzungen aufzunehmen
146 und Maßnahmen zu ergreifen, die zur gesellschaftlichen Vielfalt in ihren Gremien
147 beitragen, soweit die Regelungen dieses Statuts nicht direkt anwendbar sind.

V8

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen (dort beschlossen am: 23.04.2025)

Titel: Haltung zeigen: Antifaschismus ist Teil unserer politischen DNA

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen bekennt sich klar und unmissverständlich zum
2 Antifaschismus als unverzichtbare Grundlage einer demokratischen Gesellschaft.
3 In einer Zeit, in der Rechtsextremismus an Einfluss gewinnt und
4 antifaschistisches Engagement delegitimiert und kriminalisiert wird, braucht es
5 unsere klare Haltung gegen den Faschismus.

6 Aktuelle Ereignisse in Sachsen verdeutlichen die Dringlichkeit dieses Anliegens:

- 7 • **Morddrohung gegen Lokalpolitikerin:** Am 14. April 2025 erhielt Zwickaus
8 Oberbürgermeisterin Constance Arndt eine Morddrohung. Der unbekannte
9 Absender, der sich selbst "Adolf Hitler" nennt, erinnert an die Ermordung
10 des hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübke, der von einem
11 Rechtsextremisten ermordet wurde.ⁱ
- 12 • **Bedrohung einer Lehrerin:** Am Abend des 20. Januars wird einer Lehrerin in
13 Oelsnitz (Erzgebirge) von drei verummten Personen mit Reichskriegsflagge
14 aufgelauert und bedroht. Die Vermumnten riefen "S*** H***" und drohen an,
15 sie werde ins Konzentrationslager geschickt.ⁱⁱ
- 16 • **"White Power"-Geste in Auschwitz:** Vier Schüler*innen einer Görlitzer
17 Schule zeigten die "White Power"-Geste bei einem Schulbesuch des ehem.

18 Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Im Anschluss teilen sie es in den
19 sozialen Medien.ⁱⁱⁱ

20 • **Handwerker schaltet menschenverachtende Anzeige:** Ein Handwerker aus Sebnitz
21 schaltete eine rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische Anzeige im
22 Sebnitzer Amtsblatt, auf der Suche nach Auszubildenden.^{iv}

23 • **Polizeigewalt:** Der Leipziger Landtagsabgeordnete Nam Duy Nguyen und dessen
24 Begleiter wurden auf der Demonstration gegen den AfD-Bundesparteitag in
25 Riesa von Polizeikräften bewusstlos geschlagen. Nguyen war als
26 parlamentarischer Beobachter vor Ort. Außerdem wird gegen einen Polizisten
27 ermittelt, der mithilfe eines Diensthundes einen Demonstranten gegen die
28 Leitplanke von der Straße drängte.^v Laut Augenzeugen soll es zu Gewalt und
29 Repressionen gegen Demonstrierende durch die Polizei gekommen sein.^{vi}

30 • Dies sind nur ein paar Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, die
31 zeigen, dass antifaschistisches Engagement zunehmend unter Druck gerät und
32 zeitgleich der Rechtsextremismus immer salonfähiger wird. Dies akzeptieren
33 wir nicht.

34
35 Wir fordern daher:

36 • **Ein klares Bekenntnis des Landesverbandes gegen die Stigmatisierung**
37 **antifaschistischen Engagements**
38 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen positioniert sich öffentlich gegen die
39 Gleichsetzung von Antifaschismus mit Linksextremismus. Diese Verzerrung
40 demokratischen Engagements soll beispielsweise durch politische
41 Bildungsarbeit, öffentliche Stellungnahmen und aktive Kommunikation in der
42 Partei zurückgewiesen werden.

43 • **Solidarität mit von Repressionen betroffenen Antifaschist:innen**
44 Der Landesverband erklärt seine Solidarität mit allen, die sich gegen
45 Faschismus engagieren und deshalb staatlicher Repression ausgesetzt sind.
46 Demokratisches Engagement darf nicht kriminalisiert werden – auch nicht
47 durch unscharfe Nutzung von Extremismusbegriffen, welche
48 Antifaschist:innen pauschal unter Generalverdacht stellen.

49 • **Demokratieförderung und Prävention von Rechtsextremismus**

50 Gemeinsam mit der Bündnisgrünen Fraktion im Sächsischen Landtag entwickeln
51 wir konkrete Maßnahmen, die Demokratie fördern und Rechtsextremismus
52 bekämpfen.

53 Antifaschismus ist kein Randthema – er ist die Voraussetzung für eine freie und
54 demokratische Gesellschaft. Wenn faschistische, rechtsextreme Akteuer:innen
55 immer offener auftreten, braucht es unsere klare Haltung. Eine demokratische
56 Partei wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf nicht davor zurückschrecken, klare Kante
57 zu zeigen: Antifaschismus ist elementarer Bestandteil demokratischer
58 Selbstverteidigung. Wir sagen klar: wir sind alle Antifa!

59 Antrag in einfacher Sprache:

60 Haltung zeigen: Antifaschismus ist wichtig für uns.

61 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen, sind klar gegen Faschismus.

62 Wir denken: Antifaschismus ist sehr wichtig für eine Demokratie.

63 In unserer Zeit gibt es mehr Rechtsextremismus. Manche Menschen sind gegen
64 Antifaschismus. Wir sagen klar: Wir sind gegen Faschismus.

65 In Sachsen nehmen rechte Straftaten zu:

- 66 • Eine Bürgermeisterin bekam eine Morddrohung.
- 67 • Eine Lehrerin wurde bedroht.
- 68 • Schüler machten eine rechte Geste in Auschwitz und teilten das im
69 Internet.
- 70 • Ein Handwerker machte eine Anzeige in der Zeitung, die Menschen nicht
71 respektiert.
- 72 • Ein Abgeordneter wurde von der Polizei geschlagen.

73 Diese Beispiele zeigen:

74
75 Der Kampf gegen Faschismus wird schwieriger. Rechtsextremismus wird mehr
76 akzeptiert. Das finden wir nicht gut.

77 Deswegen fordern wir:

78 1. Wir sagen klar:

79 2. Wir sind gegen die schlechte Darstellung von Antifaschismus.

80 3. Wir wollen, dass alle wissen: Antifaschismus ist gut und wichtig.

81 4. Wir unterstützen Menschen, die gegen Faschismus kämpfen und deshalb
82 Probleme haben.

83 5. Ihr Einsatz für Demokratie ist richtig.

84 6. Wir wollen Demokratie stärken und Rechtsextremismus verhindern.

85 7. Wir entwickeln Pläne dafür.

86 Antifaschismus ist sehr wichtig.

87 Er ist nötig für eine freie und demokratische Gesellschaft.

88
89 Wenn rechtsextreme Menschen offener werden, brauchen wir eine klare Haltung.
90 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagen klar:

91
92 Wir sind gegen Faschismus.

Begründung

In Zeiten, in denen rechtsextreme Netzwerke zunehmend sichtbarer und gewalttätiger werden, braucht es keine politische Floskel, sondern eine klare Haltung: Antifaschismus ist nicht linksextrem – er ist

grundgesetzlich gebotene demokratische Selbstverteidigung. Was einst nach dem Terror des Nationalsozialismus als Lehre „Nie wieder!“ in breitem gesellschaftlichem Konsens galt, wird heute zunehmend relativiert, delegitimiert oder kriminalisiert.

Die jüngsten Ereignisse – Morddrohungen gegen Demokrat:innen, faschistische Hetze auf offener Straße, Einschüchterungen und Gewalt auf Demonstrationen – zeigen: der Rechtsruck ist gefährlich. Wir Bündnisgrüne müssen daher klar machen: Antifaschismus ist kein Makel, sondern Ausdruck unserer Verantwortung für die Demokratie. Wer sich der wachsenden Gefahr von rechts entgegenstellt, verdient Rückhalt – gerade von uns.

Wir stehen an der Seite derer, die sich gegen Faschismus wehren – auf der Straße, in den Parlamenten, in der Zivilgesellschaft. Dieser Antrag ist ein notwendiger Schritt, um unser bündnisgrünes Profil zu schärfen und antifaschistische Haltung als das zu begreifen, was sie ist: elementarer Teil unserer politischen DNA.

Antragsbegründung in einfacher Sprache:

Rechtsextreme Netzwerke werden stärker und gewalttätiger.

Wir brauchen eine klare Haltung:

Antifaschismus ist kein Linksextremismus. Er ist nötig für die Demokratie. Früher haben alle gesagt: "Nie wieder Faschismus." Heute ist das nicht mehr so klar. Die neuesten Ereignisse zeigen: Die Gefahr von rechts ist groß. Wir als Bündnisgrüne sagen klar: Antifaschismus ist gut.

Er zeigt, dass wir die Demokratie schützen.

Wir unterstützen Menschen:

Die gegen Faschismus kämpfen – auf der Straße, in den Parlamenten, in der Gesellschaft. Dieser Antrag ist wichtig. Er zeigt deutlich: Antifaschismus ist ein wichtiger Teil von uns.

Quellen:

iMDR Sachsen. "Nach Drohmail: Solidarität für Zwickaus Oberbürgermeisterin." [MDR.de](https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/zwickau/oberbuergemeisterin-ardt-drohbrief-reaktionen-100.html), 16. April 2025. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/zwickau/oberbuergemeisterin-ardt-drohbrief-reaktionen-100.html> (Zugriff am 22. April 2025, 13:50 Uhr).

iiReinhard, Doreen. "Oberschule in Oelsnitz: Mutmaßlich rechtsextreme Bedrohung gegen Lehrerin in Sachsen." *Zeit Online*, 14. April 2025. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-04/oberschule-oelsnitz-rechtsextremismus-bedrohung-lehrerin-versetzung> (Zugriff am 22. April 2025, 14:14 Uhr).

iiiMDR Sachsen. "Rechtsextremismus: Görlitzer Schüler zeigen rechtsextreme Geste in Auschwitz."

[MDR.de](https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/auschwitz-neonazis-rechtsextrem-scultetus-oberschule-100.html), 17. April 2025. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/auschwitz-neonazis-rechtsextrem-scultetus-oberschule-100.html> (Zugriff am 22. April 2025, 14:29 Uhr).

ivDer Tagesspiegel. "Skandal im sächsischen Sebnitz: Handwerker sucht mit rassistischer Anzeige Azubi – im Amtsblatt." [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de/politik/skandal-im-sachsischen-sebnitz-handwerker-sucht-mit-rassistischer-anzeige-azubi--im-amtsblatt-13557853.html), 17. April 2025. <https://www.tagesspiegel.de/politik/skandal-im-sachsischen-sebnitz-handwerker-sucht-mit-rassistischer-anzeige-azubi--im-amtsblatt-13557853.html> (Zugriff am 22. April 2025, 14:34).

vMDR Sachsen. "Aufarbeitung: Nach Großeinsatz der Polizei in Riesa: Empörung und Rufe nach Aufklärung": [MDR.de](https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/grossenhain-riese/polizei-angriffe-einsatz-gewalt-afd-linke-proteste-102.html), 14. Januar 2025. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/grossenhain-riese/polizei-angriffe-einsatz-gewalt-afd-linke-proteste-102.html> (Zugriff am 22. April 2025, 14:52).

viMDR Sachsen. "Kritik an Polizeieinsatz: Augenzeugen berichten über Gewalt und Panik im "Demo-Kessel" in Riesa". [MDR.de](https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/grossenhain-riese/polizei-kritik-demonstration-afd-parteitag-100.html), 12. Januar 2025. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/grossenhain-riese/polizei-kritik-demonstration-afd-parteitag-100.html> (Zugriff am 22. April 2025, 14:58).

V9

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen (dort beschlossen am: 23.04.2025)

Titel: Einführung der einfachen Sprache

Antragstext

1 Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen möge
2 beschließen: Alle Anträge an die Landesversammlung sollen von den
3 Antragssteller*innen auch in leichter oder einfacher Sprache verfasst werden.

4 Wenn dies den Antragssteller*innen nicht möglich sein sollte, ist die
5 Landesgeschäftsstelle aufgefordert, die Übersetzung in Absprache mit den
6 Antragssteller*innen vorzunehmen.

7 Außerdem sind Bewerber*innen für Ämter aufgefordert, ihre Bewerbungen
8 möglichst ebenfalls auch in leichter oder einfacher Sprache einzureichen.

Einfache Sprache:

9 Die Versammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen trifft eine
10 Entscheidung:

11 Alle Anträge für die Versammlung müssen in einfacher oder leichter Sprache zur
12 Verfügung stehen.

13 Wenn jemand nicht weiß, wie das geht, soll die Landes- Geschäfts- stelle helfen.
14 Die Landes-Geschäfts -stelle arbeitet dann mit den Antragstellern zusammen.

15 Außerdem:

16 Alle, die sich für ein Amt bewerben, sollen ihre Bewerbung, wenn möglich auch in
17 leichter oder einfacher Sprache
18 schreiben
19

Begründung

Im Sinne der Niedrigschwelligkeit sollten komplexe Texte, wie inhaltliche Anträge es meistens sind, für alle Menschen verständlich und nachvollziehbar zugänglich sein. Deshalb fordern wir, dass zukünftig alle Anträge zusätzlich zum formulierten Antragstext auch in leichter oder einfacher Sprache verfügbar sein sollten. So können Menschen ohne spezifisches Fachwissen oder hohe Sprachkompetenz gleichberechtigter an der Beschlussfassung teilhaben.

V10

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen (dort beschlossen am: 21.04.2025)

Titel: Holen wir uns die Jugend zurück!

Antragstext

1 Die Zeiten, in denen junge Menschen die Grünen wählen, sind vorbei. Von der
2 Europawahl 2019 beflügelt, sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Selbstbewusstsein in
3 die Bundestagswahl 2021 hineingegangen. Zu Recht, denn besonders bei den 18-24
4 Jährigen haben die Grünen sehr gut abgeschnitten. Damals waren wir mit 23 % die
5 stärkste Kraft in dieser Altersgruppe [1]. In der Landtagswahl 2019 waren die
6 Grünen bei den 18-25 Jährigen mit 12 % sogar in Sachsen die stärkste Kraft [2].
7 Das sieht nun anders aus. In vielen Bundesländern bei den Landtagswahlen und
8 auch in der Landtagswahl in Sachsen 2024 lagen die Grünen mit Abstand weit
9 hinten. In Sachsen haben, im Zuge der U18-Bundestagswahl im Februar, lediglich
10 7,8 % der Jugendlichen für Grün gestimmt. Gleichzeitig gewann die AfD mit 31,6 %
11 gefolgt von den Linken mit 24,7 % die Wahl [3]. Über die Aussagekraft dieser
12 Wahl lässt sich freilich diskutieren, doch eine Tendenz kann man schwerlich
13 abstreiten. Junge Menschen fühlen sich momentan selten von Grüner Politik
14 überzeugt. **Das können wir so nicht hinnehmen!** Perspektivlosigkeit, bröckelnde
15 Infrastruktur, marode Schulen, wenig Geld in der Tasche, Vernachlässigung des
16 ländlichen Raumes, all das sind Gründe, wieso sich junge Menschen von den Grünen
17 abwenden.

18 Das muss so nicht sein. Natürlich kommt Sozialen Medien eine wichtige Rolle zu.
19 Junge Menschen benutzen Instagram, TikTok usw. zum Beispiel als
20 Nachrichtenquelle. Aber neue Formate, in denen Personen ‚Slay‘ in die Kamera
21 sagen, reichen nicht aus. **Wir brauchen eine stabile Politik für junge Menschen
22 hier in Sachsen und im Internet!**

23 **Her mit einer ausreichenden Mindestausbildungsvergütung!**

24 Der Fachkräftemangel ist in aller Munde und birgt ein hohes Risiko für
25 Deutschland. Handwerk, Bauindustrie, Klimaschutz, Klimaanpassungsbedingte
26 Transformationsprozesse und Gesundheitsversorgung, all das ist abhängig davon,
27 dass es genug junge Menschen gibt, die sich für jene Berufe interessieren und
28 diese Ausbildungswege auch einschlagen. Ja, das Thema ist Geld und auch zu
29 Recht. Die Akademisierung der Gesellschaft führt auch dazu, dass junge Menschen
30 immer öfter einen akademischen Weg einschlagen, um finanziell für die Zukunft
31 abgesichert zu sein. Wenn der Arbeitgeber 13€ die Stunde brutto nach
32 dreijähriger Berufsausbildung anbietet, dann muss man sich über den
33 Fachkräftemangel nicht wundern, vor allem wenn der Beruf körperlich fordern ist.
34 **Das hat auch mit Wertschätzung zu tun.**

35 Vor diesem Schritt steht aber noch das Geld, das man während der Ausbildung
36 erhält. Oft orientieren sich Ausbildungsbetriebe an der
37 Mindestausbildungsvergütung. Diese beträgt seit dem 01.01.2025 im ersten
38 Ausbildungsjahr 682 € pro Monat, steigt im Zweiten auf 805 €, im Dritten auf 921
39 € und im Vierten auf 955 €. Selbst im vierten Lehrjahr lässt sich nicht von 955
40 € im Monat brutto leben. Auch in Wohngemeinschaften ist so kein Leben möglich,
41 vor allem nicht in der Großstadt. Auf Unterstützung der Eltern können sich auch
42 nicht alle verlassen. Zudem ist die finanzielle Unabhängigkeit ein wichtiger
43 Schritt zum Erwachsenwerden, gerade wenn man dafür hart arbeitet. Deshalb
44 fordern wir: **Eine schnelle Angleichung der Mindestausbildungsvergütung an den**
45 **Mindestlohn**, denn das zeigt Respekt und sichert junge Menschen vor der Armut! So
46 machen wir die Ausbildung wieder zu etwas erstrebenswertem.

47 Wir fordern außerdem auch weiterhin die Angleichung der Mindestvergütung von
48 Studierenden an der Dualen Hochschule Sachsen an die Mindestausbildungsvergütung
49 von Auszubildenden in der dualen Berufsausbildung.

50 Auch angehende Ärzt*innen müssen angemessen bezahlt werden. Im letzten Jahr der
51 Ausbildung, dem sogenannten praktischen Jahr (PJ), in dem Studierende nach
52 bereits zwei absolvierten Staatsexamen in der Arbeit am Patienten ausgebildet
53 werden, gibt es keine einheitliche Regelung, wie dieses zu vergüten ist. Obwohl
54 PJler*innen in der Regel Vollzeit arbeiten, liegt es in der Gestaltungsmacht des
55 Krankenhauses, wie viel Vergütung sie für ihre Arbeit bekommen. Dabei ist eine
56 Vergütung von 200€ (beispielsweise im St. Georg Klinikum Leipzig) oder 400€ (im
57 Universitätsklinikum Leipzig) die Norm. Davon können sich ebenfalls die
58 wenigsten ihre Miete leisten, geschweige denn weitere Lebensunterhaltungskosten.
59 **Daher fordern wir eine einheitliche Mindestvergütung im Praktischen Jahr in**
60 **Sachsen, welche an den BAFöG-Höchstsatz angelehnt ist.** Denn wer arbeitet, soll
61 davon wenigstens leben können.

62 **Soziale Räume für Jugendliche erhalten und ausbauen**

63 Kommunale Haushalte sind am Limit, vor allem der ländliche Raum ist hier stark
64 betroffen. Da Kommunen dazu verpflichtet sind, dauerhaft einen ausbalancierten
65 Haushalt aufzustellen, ergibt sich oft genug die Situation, dass die Gelder für
66 soziale Einrichtungen gestrichen werden. Oft genug trifft dies auch Orte, an
67 denen Jugendliche sich aufhalten, etwas lernen, neue Hobbys entdecken,
68 Demokratie erfahren oder auch einfach mal dem Alltag entfliehen können. Das darf
69 nicht so weitergehen!

70 Wir fordern eine langfristige Strategie, wie Angebote für Jugendliche erhalten
71 bleiben ausgebaut werden können. Jugendzentren müssen ein Begegnungsort, ein
72 Bildungsort und ein Entspannungsort bleiben. Kommunen müssen hierzu auch
73 finanziell unterstützt werden, vor allem die, die ein solches Angebot bereits
74 einstellen mussten. **Der Staat muss zeigen, dass er auch für die Belange der
75 Jugendlichen da ist und nicht an ihnen spart.** In diesen Einrichtungen können
76 neben Bildungsangeboten auch demokratiefördernde Maßnahmen durchgeführt werden.

77 Des Weiteren braucht es eine Vereinsstrategie. Sportvereine, das technische
78 Hilfswerk, freiwillige Feuerwehren und Vereine der Jugendarbeit haben eine
79 zentrale gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgabe. Diese Institutionen
80 müssen unterstützt werden, denn demokratisches Verständnis kann in diesen
81 vermittelt werden. Rechte Kräfte treiben hier, durch Präsenz und durch
82 finanzielle Ressourcen, vor allem auf dem ländlichen Raum einen Machtaufbau
83 voran. Demokratische Parteien müssen dem entgegenwirken und wieder aktiv im
84 Leben junger Menschen sichtbar sein. **Demokratie muss wieder greifbar werden!**

85 Klimaschutz als Chance

86 Hitzewellen, Flutkatastrophen, Dürre und Trinkwasserknappheit sind auch reale
87 Aspekte der Lebensrealitäten junger Menschen. Viele Jugendliche sehen diese
88 Gefahr tagtäglich. Tausende sind 2019, in der Hoffnung gesehen zu werden, auf
89 die Straße gegangen und haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewählt. Angesichts der
90 bereits spürbaren Klimakrise empfinden viele junge Menschen nicht nur Sorgen,
91 sondern tiefe Zukunftsängste. Gleichzeitig sehen junge Menschen auch, wie
92 unfähig die Politik sich verhält und eine Lösung für das Problem „Klimakrise“
93 ist in weiter Ferne. Echte Lösungen, verbesserte Klimaanpassungen und ehrliche
94 Aufklärung führen zur Verbesserung der Lebensrealitäten junger Menschen. **Die
95 Aufgabe der Politik ist es, hier anständige Lösungsvorschläge einzubringen,
96 umzusetzen und verständlich zu erklären.**

97 Die Grünen haben es in der Landes- und Bundesregierung verpasst, Klimaschutz als
98 dringliches politisches Thema auf die Agenda zu setzen. Dabei ist der
99 Mittelpunkt der politischen Debatte in der letzten Zeit Migration, Asyl,
100 Abschiebungen und Sanktionen gegen Bürgergeldempfänger*innen gewesen, was

101 einfach nur eine Verschiebung des Diskurses nach rechts darstellt.
102 Menschenrechtsverschärfungen und Bürgergeldsanktionen lösen unsere Probleme
103 nicht, sie führen zu mehr Ressentiments. Im Wahlkampf ist der Klimaschutz zum
104 Hintergrundthema geworden. Wir sind uns bewusst, dass einige Errungenschaften in
105 Grüner Regierungsbeteiligung geschehen sind. Sei es das Gebäudeenergiegesetz,
106 der Ausbau erneuerbarer Energien im Bund oder das Energie- und Klimaprogramm auf
107 Landesebene.

108 Dennoch muss betont werden, dass dafür, dass die größten Auswirkungen der
109 Klimakrise besonders für junge Menschen spürbar sein werden, nicht genug getan
110 wurde, um diese Sorgen zu adressieren. **Wir müssen uns dafür einsetzen, dass**
111 **Klimaschutz wieder prominent auf die politische Agenda gesetzt wird, statt**
112 **rechten Narrativen hinterher zu rennen!** Soziale Fragen müssen unbedingt an
113 diesen Diskurs gekoppelt werden, Transformationsprozesse in der Wirtschaft
114 müssen so gestaltet werden, dass junge Menschen gut bezahlte Jobs erhalten.
115 Preisentwicklungen durch den CO₂-Preis müssen endlich durch ein Klimageld
116 aufgefangen werden. Städte müssen so gestaltet werden, dass grüne
117 Aufenthaltsräume entstehen und die Lebensqualität nicht durch steigende
118 Temperaturen sinkt. **Klimaschutz ist kein politischer Ballast, sondern eine**
119 **Chance!** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss hier immer ein Auge drauf haben und den
120 Finger immer wieder in die Wunde legen. Vor allem auf Landes- und Kommunalebene,
121 wo es oft an der Umsetzung scheitert, müssen wir für die Maßnahmen einstehen und
122 diese zum Vorteil für die Allgemeinheit machen. Wir machen klar: Klimaschutz ist
123 Menschenschutz! Klimaschutz ist ein Gerechtigkeitskampf! Klimaschutz hat
124 Priorität!

125 **Bildungsoffensive**

126 Die Grundlage, auf der Menschen miteinander über komplexe Themen debattieren
127 können, ist Bildung. Um komplexe Texte zu verstehen, Debatten verfolgen oder
128 Politiker*innen zuhören zu können, benötigt jeder Mensch Bildung. Schulen legen
129 das Fundament der Zukunft eines jeden jungen Menschen: sie sind zentraler Ort
130 für die Persönlichkeitsentfaltung, die Entwicklung sozialer Kompetenzen und
131 eines politischen und gesellschaftlichen Basisverständnisses und sind zentrale
132 Orte der gesellschaftlichen Teilhabe. In Anbetracht dessen werden Schulen dieser
133 Rolle als integraler Teil des Lebens für junge Menschen leider nicht gerecht.

134 Leistungsdruck und monotoner Frontalunterricht tragen nicht zur persönlichen
135 Entwicklung der Schüler*innen bei. Wie sollen junge Menschen gerne lernen, wenn
136 Schulen durch marode Bausubstanz, fehlende Klimaanlage und veraltete
137 Infrastruktur mehr an Stillstand als an Zukunft erinnern? Von durchdachten
138 digitalen Bildungsangeboten und WLAN - keine Spur. **Lernende müssen als ein**
139 **Individuum mit Bedürfnissen und unterschiedlichen Lernmethoden gesehen werden,**

140 **nicht nur von der Lehrkraft aus, sondern vor allem auch in der Politik.** Zudem
141 ist es nötig, dass die Schule als ein Ort angesehen wird, sondern auch als Raum
142 wo junge Menschen sich entfalten, kritisches Denken und demokratische Teilhabe
143 lernen können.

144 Wir fordern eine strategische Bildungsoffensive! **Sachsens Schüler*innen brauchen**
145 **mehr schulpädagogisches Personal**, um die individuellen Bedürfnisse der
146 Schüler*innen auffangen zu können und um auf ihre Probleme eingehen zu können.
147 Wir brauchen mehr politische Bildung in Schulen, die vor allem in Zusammenarbeit
148 mit der Zivilgesellschaft erfolgen muss, denn die Zivilgesellschaft birgt hier
149 enormes Potential, was abgerufen werden kann. Lehrer*innen müssen die
150 Möglichkeit haben, sich weiterbilden zu können. Insbesondere wenn es darum geht,
151 mit rechtsextremen Gesinnungen im Schulkontext umzugehen, braucht es ein
152 zentrales Programm, welches auch langfristig wirksam ist und Lehrkräfte schützt.

153 Weiterhin müssen die Schulen endlich entschieden saniert werden, damit auch
154 sichtbar wird, dass in die Jugend investiert wird. Es kann hier nicht nur auf
155 die Kommunen gezeigt werden, denn kommunale Träger von Schulen sind oft
156 überbelastet. Hier sollten Synergien mit anstehenden energetischen Sanierungen
157 im Rahmen von Klimaschutzmaßnahmen getroffen werden. Auch haben wir durch die
158 ICILS (International Computer and Information Literacy Study) Studie 2023
159 gesehen, dass die Digitalkompetenz der Schüler*innen in der 8. Klasse zuletzt
160 abgenommen hat. **Die digitale Ausstattung und Umrüstung von Schulen muss auch**
161 **abseits der Gymnasien erfolgen**, sodass alle Schüler*innen Zugang zu einer guten
162 digitalen Ausbildung erhalten.

163 **Gute Anbindung**

164 Mobilität ist für junge Menschen essentiell. Egal ob es darum geht,
165 selbstständig unterwegs zu sein, Freund*innen zu besuchen oder auch an
166 Freizeitaktivitäten teilnehmen zu können. Übergeordneter ist Mobilität auch
167 essentiell für politische und gesellschaftliche Teilhabe, die Möglichkeit, den
168 eigenen Horizont zu erweitern und einem Gefühl der Abschottung entkommen zu
169 können. Denn es ist Fakt, dass vor allem auf dem ländlichen Raum der ÖPNV nicht
170 ausreichend funktional ist. Wenn der Bus zweimal am Tag über das Dorf fährt und
171 man nach 17 Uhr nicht mehr ohne Auto nach Hause kommt, kann kaum von
172 Flexibilität gesprochen werden. Freizeitaktivitäten und -gestaltung sind für
173 junge Menschen aber besonders wichtig, um Teilhabe zu erfahren. Deshalb darf
174 sich der ÖPNV nicht nur auf Ballungszentren fokussieren.

175 Wir brauchen einen gut ausgebauten und effektiv genutzten ÖPNV, sodass auch
176 Menschen im ländlichen Raum an kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten
177 teilhaben zu können. Dazu gehören:

- 178 • die Prüfung der Reaktivierung von Bahnschienen und Bahnhöfen im ländlichen
179 Raum

- 180 • dichte Bus- und Bahnnetze mit Anbindungen an Ballungszentren

- 181 • die Entwicklung eines sachsenweiten integralen
182 Taktfahrplans

- 183 • ein Schnellwegenetz der Radwege zwischen Kommunen entlang von Straßen in
184 der Kompetenz des Landes

- 185 • Förderung und Verbreitung von innovativen Mobilitätsformen wie Carsharing
186 und Mieträdern, aber auch Rufbussen.

187 Mobilität muss zudem leistbar sein. Für einige gesellschaftliche Gruppen gibt es
188 bereits vergünstigte Nahverkehrstickets. **Wir fordern ein vergünstigtes**
189 **Deutschland-Ticket für alle Auszubildenden und Schüler*innen in Sachsen!**

190 **Zudem müssen Bahnhöfe menschenfreundlich gestaltet werden:** Wir fordern saubere,
191 kostenfreie Toiletten, beheizte und überdachte Wartemöglichkeiten, moderne
192 Fahrgastinformationssysteme, ausreichende Beleuchtung sowie deutlich
193 gekennzeichnete Notrufsysteme – damit **Bahnhöfe sichere und attraktive Orte für**
194 **alle werden.** Außerdem müssen so schnell wie möglich sämtliche Bahnhöfe
195 barrierefrei gestaltet werden.

196 Investitionen in den ÖPNV sind nicht nur gut für Klimaschutz, sondern auch für
197 viele (sowohl junge als auch alte Menschen) eine Grundvoraussetzung für
198 gesellschaftliche Teilhabe!

199 **Jugendbeteiligung**

200 ‚Die Jugend entfremdet sich von der Politik, sie ist politikverdrossen‘, hört
201 man als junger Mensch oft. Begründet wird dies oft mit dem hohen Wahlanteil der
202 AfD, dem hohen Medienkonsum und dem angeblichen Egoismus. Oft wird auch von
203 einer allgemeinen Politikverdrossenheit gesprochen. Warum auch, wenn sich
204 politische Inhalte nicht an die materiellen Alltagsorgen der Menschen richten:

205 Die Mieten sind zu hoch, der Wocheneinkauf zu teuer, der Lohn reicht nicht. Die
206 Menschen fühlen sich von der Politik in Stich gelassen. **Die (jungen) Menschen**
207 **sind nicht politikverdrossen, die Politik ist menschenverdrossen!**

208 Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Demokratie wieder greifbarer und erlebbarer
209 wird. Das gilt generell und nicht nur im Wahlkampf. Jugendbeteiligung muss offen
210 und zugänglich sein, damit möglichst viele Jugendliche die Erfahrung machen
211 können, aktiv im demokratischen Prozess mitzuwirken und Selbstwirksamkeit spüren
212 können. Ein erster Ansatz sind Jugendräte, die sich bereits in einigen
213 sächsischen Städten etabliert haben. Oft ist hier die Beteiligung aber nur
214 schemenhaft und thematisch stark eingegrenzt möglich. Für eine breite
215 Beteiligung sind offene Debatten und Diskussionen mit Jugendlichen auf Augenhöhe
216 wichtig. Hier muss eine wirkliche Anteilnahme an Themen stattfinden können,
217 keine Scheindebatten mit anschließenden Entscheidungen über die Köpfe der
218 Jugendlichen hinweg.

219 **Jugendliche müssen besser in Themen eingebunden werden, die ihre Zukunft**
220 **betreffen**, sodass ihre Belange Entscheidungsträger*innen nahegebracht werden.
221 Zukunftsthemen sind z.B. Klimaschutz und Klimaanpassung, ÖPNV und Radverkehr,
222 Digitalisierung und Internet, sowie eine, auch spezifisch für junge Menschen
223 gedachte, Stadtentwicklung. **Zudem muss sichergestellt werden dass schon**
224 **bestehende Jugendbeteiligungsformate nicht wegbrechen**. Hier muss das Land für
225 eine dauerhaft gesicherte Finanzierung sorgen.

226 **Fazit**

227 Die Bündnisgrünen werden von jungen Menschen zum großen Teil nicht mehr als
228 Partei wahrgenommen, die ihre Interessen vertritt. Das wollen wir ändern. Wir
229 schlagen mögliche Lösungsansätze vor, um die Jugend wieder für Grüne Themen zu
230 begeistern, doch am Ende ist es essentiell, dass die Partei die jungen
231 Generationen wieder als ihre Zielgruppe entdeckt und anfängt ihre Bedürfnisse
232 beim eigenen politischen Handeln mitzudenken. Für dieses Mitdenken gibt es keine
233 allgemein gültige Anleitung. Fest steht, wir müssen etwas ändern. Dabei ist es
234 nicht relevant, ob die Kompetenzen der geforderten Maßnahmen auf Landesebene
235 liegen. Wir fordern unsere Partei auf, sich auf allen Ebenen für junge Menschen
236 einzusetzen.

237 Zeigt die Grüne Partei, auch wieder außerhalb von TikTok, in ihrem tatsächlichen
238 politischen Handeln, dass sie für junge Menschen da ist und dass sie für junge
239 Menschen kämpft, wird sich das auch wieder in politischem Zuspruch widerspiegeln
240 – **Jugendinitiative jetzt!**

241 **Einfache Sprache:**

242 Die Zeit, in der junge Menschen die Grünen wählen, ist vorbei. Von der Europa-
243 Wahl 2019 gestärkt ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN selbstbewusst in die Bundestags-
244 Wahl 2021 gegangen. Denn vor allem bei den 18-24 Jährigen hatten die Grünen
245 damals besonders gut abgeschnitten. Sie lagen mit 23 Prozent sogar an erster
246 Stelle. Bei der Landtags-Wahl 2019 waren die Grünen bei den 18-25 Jährigen mit
247 12 Prozent sogar in Sachsen die stärkste Kraft. Im Vergleich zu 2021 haben vor
248 allem weniger junge Menschen die Grünen gewählt. Stattdessen wählen sie jetzt
249 die Linkspartei und AfD. Bei der U18-Wahl in Sachsen haben nur 7,8 Prozent die
250 Grünen gewählt. Das ist viel zu wenig. Bei den 18- bis 24-Jährigen waren es
251 knapp 10 Prozent. Die AfD lag bei 21 Prozent.

252 Wir können das nicht hinnehmen! Keine Perspektive, kaputte Straßen, kaputte
253 Schulen, wenig Geld und viel Vernachlässigung auf dem Land - das sind Gründe,
254 warum sich junge Menschen von den Grünen abwenden. Das muss nicht so sein.
255 Natürlich spielen auch Soziale Medien eine Rolle. Junge Menschen informieren
256 sich zum Beispiel über Instagram oder TikTok. Es ist gut, dass Politiker und
257 Politikerinnen Videos auf den Sozialen Medien hochladen. Aber das reicht nicht.
258 Wir brauchen eine Politik für junge Menschen hier in Sachsen und im Internet!

259 **Ausbildungsgehalt**

260 Mehr Ausbildungs-Gehalt! Der Fach-Kräfte-Mangel ist groß in Deutschland und
261 überall werden junge Menschen gesucht.

262 Ja, das Thema ist auch Geld. Das ist auch richtig so.

263 Die Akademisierung (wachsender Anteil der Gesellschaft macht hohen Abschluss,
264 Abitur) trägt dazu bei, dass immer mehr junge Menschen studieren. Wenn ein
265 Arbeitgeber nach 3 Jahren Ausbildung 13 Euro die Stunde brutto zahlt, ist das
266 kein Wunder. Außerdem ist der Beruf oft anstrengend. Das hat auch mit
267 Wertschätzung zu tun. Auch das Geld, was man während der Ausbildung verdient ist
268 oft zu wenig.

269 Die Ausbildungs-Vergütung liegt oft nur bei der Mindest-Ausbildungs-Vergütung.
270 Die Mindest-Ausbildungs-Vergütung beträgt im 1. Lehr-Jahr 682 Euro pro Monat. Im
271 2. Lehr-Jahr sollen es 805 Euro sein. Im 3. Lehr-Jahr sollen es 921 Euro sein.
272 Und im 4. Lehr-Jahr sollen es 955 Euro sein. Auch im 4. Lehr-Jahr ist das nicht
273 genug zum Leben. Nicht alle jungen Menschen können auf Hilfe von ihren Eltern
274 zählen. Zudem ist unabhängig sein ein wichtiger Schritt zum Erwachsen-werden.

275 Deshalb fordern wir: Die Mindest-Ausbildungs-Vergütung muss schnell genauso viel
276 betragen, wie der Mindest-Lohn. So zeigt man Respekt und schützt jungen Menschen
277 vor Armut!

278 Zudem möchten wir, dass Studierende an der Dualen Hochschule Sachsen genauso
279 viel Geld bekommen wie Auszubildende.

280 Auch Ärzt*innen in Ausbildung sollen besser bezahlt werden. Im letzten Jahr der
281 Ausbildung, dem praktischen Jahr (PJ), arbeiten Studierende nach 2 Staatsexamen
282 mit Patienten. Wie viel sie dafür bezahlt werden, ist bisher nicht geregelt. Es
283 ist so: Die Studierenden arbeiten meistens Vollzeit. Aber die Kranken-Häuser
284 entscheiden, wie viel Geld die Studierenden bekommen. 200 Euro zum Beispiel gibt
285 es im St. Georg Klinikum Leipzig. 400 Euro gibt es im Universitäts-Klinikum
286 Leipzig. Das Geld reicht nicht zum Leben aus. Viele Studierende können ihre
287 Miete und die anderen Lebens-Kosten nicht bezahlen. Deshalb fordern wir: Die
288 Vergütung im Praktischen Jahr muss in Sachsen gleich hoch sein wie der BAFÖG-
289 Höchstsatz. Wer arbeitet, soll wenigstens davon leben können.

290 Soziale Räume für Jugendliche erhalten und ausbauen

291 Viele Kommunen haben kein Geld. Das gilt vor allem für die ländlichen Regionen.
292 Kommunen müssen aber immer einen Haushalts-Plan machen. Das bedeutet: Sie dürfen
293 nicht mehr ausgeben als sie haben. Viele Kommunen streichen deshalb wichtige
294 Angebote. Das sind zum Beispiel Orte, an denen sich Jugendliche treffen, etwas
295 lernen, neue Hobbys entdecken, Demokratie erleben oder einfach mal abschalten
296 können. Wir wollen, dass Angebote für junge Leute erhalten bleiben und mehr
297 werden.

298 Jugendzentren sind wichtig. Sie sind Orte, wo man sich trifft, lernt und
299 entspannt. Städte und Gemeinden sollen Geld dafür bekommen. Vor allem die, die
300 solche Angebote schon stoppen mussten. Der Staat muss zeigen, dass er
301 Jugendliche unterstützt und nicht bei ihnen spart. In den Jugendzentren gibt es
302 auch Lernangebote und Programme zur Demokratie. Sie helfen jungen Leuten, sich
303 in der Politik zu engagieren.

304 Jugendzentren sind wichtig. Sie sind Orte, wo man sich trifft, lernt und
305 entspannt. Städte und Gemeinden sollen Geld dafür bekommen. Auch die, die solche
306 Angebote schon stoppen mussten. Der Staat muss zeigen, dass er Jugendliche
307 unterstützt und nicht bei ihnen spart. In den Jugendzentren gibt es Lernangebote
308 und Programme zur Demokratie. Sie helfen jungen Leuten, sich in der Politik zu
309 engagieren.

310 Außerdem brauchen wir eine Strategie für Vereine. Sportvereine und andere
311 freiwillige Gruppen sind wichtig. Sie helfen, Demokratie zu verstehen und zu
312 leben. Rechte Gruppen versuchen, mehr Macht zu bekommen. Das passiert oft auf
313 dem Land. Demokratische Parteien müssen dagegenhalten. Sie müssen wieder mehr
314 für junge Menschen da sein. Demokratie muss erlebbar sein!

315 Klimaschutz

316 Es wird immer wärmer. Es gibt schwere Unwetter, Hitzewellen und
317 Überschwemmungen. Das macht jungen Menschen Angst. Im Jahr 2019 sind viele
318 Jugendliche auf die Straße gegangen. Sie haben demonstriert. Sie wollten, dass
319 mehr Menschen ihre Sorgen sehen. Sie haben die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
320 gewählt um etwas dagegen zu tun. Junge Menschen haben Angst vor der Zukunft. Sie
321 sehen auch, dass die Politik keine Lösung für das Problem mit der Klima-Krise
322 hat. Das macht viele verzweifelt. Die Politik sollte gute Lösungen finden und
323 diese umsetzen. Sie sollte die Lösungen auch gut erklären.

324 Die Grünen haben es nicht geschafft, das Thema Klimaschutz in der Landes- und
325 Bundesregierung wichtig zu machen. Bei den letzten Wahlen wurde das Thema Klima
326 oft vergessen. Im Bereich Klimaschutz haben die Grünen auch gute Gesetze
327 gemacht. Zum Beispiel zum Energiesparen in Gebäuden. Oder für mehr erneuerbare
328 Energien. Aber das reicht nicht.

329 Die Klima-Krise wird für junge Menschen viele Probleme bringen. Es wurde nicht
330 genug getan, um das zu verhindern. Wir müssen den Klimaschutz wieder wichtig
331 machen. Wir dürfen nicht den Ideen von rechten Parteien folgen. Wir müssen auch
332 an soziale Fragen denken. Jobs für junge Menschen müssen gut bezahlt werden. Das
333 Klimageld muss endlich kommen. In den Städten sollen mehr grüne Plätze sein. Das
334 macht das Leben angenehmer, auch wenn es wärmer wird. Klimaschutz ist eine
335 Chance, nicht nur ein Problem. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen das immer im Blick
336 haben. Sie müssen auch auf Probleme hinweisen. Wir müssen dafür sorgen, dass die
337 Maßnahmen allen Menschen helfen.

338 Wir machen klar: Klimaschutz ist Menschenschutz! Klimaschutz ist ein
339 Gerechtigkeitskampf! Klimaschutz hat Vorrang!

340 Bildungsoffensive

341 Bildung ist sehr wichtig. Bildung hilft uns, schwierige Themen zu verstehen. In
342 der Schule lernen junge Menschen viele wichtige Dinge. Dort lernen sie auch, wie
343 man gut mit anderen Menschen umgeht.

344 Aber manche Schulen sind alt und kaputt. Es ist schwer, in solchen Schulen gut
345 zu lernen. Auch gibt es oft keinen guten Internetzugang. Lehrer sollten auch
346 lernen, wie sie mit schwierigen Themen umgehen können. Zum Beispiel mit
347 rechtsextremen Gesinnungen.

348 Wir wollen, dass die Schulen besser werden. Die Schulen brauchen mehr Lehrer und
349 bessere Ausstattung. Es ist wichtig, dass Schüler und Schülerinnen individuell
350 unterstützt werden. Politische Bildung ist auch sehr wichtig. Sie sollte mit
351 Hilfe von Organisationen geschehen, die nicht zur Schule gehören. Das kann
352 helfen, Extremismus zu bekämpfen. Auch die Gebäude der Schulen müssen repariert
353 werden. Es muss klar sein, dass wir in unsere Jugend investieren wollen. Alle
354 Schüler sollten die Möglichkeit haben, gut mit Computern umzugehen zu können.
355 Das gilt für alle Schularten, nicht nur Gymnasien.

356 Wichtige Punkte:

- 357 • Bildung ist wichtig, um die Welt zu verstehen.

- 358 • Schulen müssen für alle Bedürfnisse der Schüler gerüstet sein.

- 359 • Lehrer brauchen Weiterbildung.

- 360 • Politische Bildung muss verbessert werden.

- 361 • Schüler sollen gut mit Computern umgehen können

362 Gute Anbindung

363 Für junge Menschen ist es sehr wichtig, Mobil zu sein. Das bedeutet: Sie können
364 selbst entscheiden, wann sie wohin gehen oder fahren. Sie können ihre
365 Freundinnen und Freunde besuchen. Oder sie können an Freizeit-Aktivitäten
366 teilnehmen.

367 Mobilität ist auch wichtig für die Teilnahme am politischen und
368 gesellschaftlichen Leben. Das hilft ihnen, mehr von der Welt zu sehen und sich
369 nicht eingeeengt zu fühlen. Auf dem Land gibt es oft nicht genug Busse und

370 Bahnen. Zum Beispiel: Wenn der Bus nur zweimal am Tag fährt und der letzte Bus
371 schon um 17 Uhr fährt. Dann können junge Menschen nicht flexibel sein. Freizeit-
372 Aktivitäten sind sehr wichtig für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.
373 Deshalb sollte der öffentliche Nahverkehr nicht nur in den Städten gut sein.

374 Wir brauchen mehr Busse und Bahnen auf dem Land. Das bedeutet:

- 375 • Prüfen, ob alte Bahnlinien wieder genutzt werden können.
- 376 • Mehr Busse und Bahnen, die auch in die Städte fahren.
- 377 • Einen Fahrplan, der überall in Sachsen gilt.
- 378 • Radwege zwischen den Dörfern und Städten.
- 379 • Neue Möglichkeiten anbieten, wie zum Beispiel Auto teilen, Busse rufen
380 oder Fahrräder mieten.

381 Mobilität sollte nicht zu teuer sein. Es gibt schon billige Tickets für manche
382 Gruppen. Wir wollen, dass auch Auszubildende und Schüler in Sachsen günstige
383 Tickets bekommen.

384 Bahnhöfe sollen freundlicher für Menschen werden. Das heißt: saubere und
385 kostenlose Toiletten, warme und überdachte Warteplätze, gute Informationen für
386 Fahrgäste, genug Licht, gut sichtbare Notruf-Knöpfe.

387 So werden Bahnhöfe sicher und schön für alle. Geld in den öffentlichen
388 Nahverkehr zu investieren, hilft dem Klimaschutz. Aber es hilft auch Menschen,
389 am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

390 Jugendbeteiligung

391 Manchmal hört man, junge Menschen finden Politik nicht interessant. Sie gehen
392 nicht wählen oder wählen aus Protest. Das liegt oft daran, dass sich die Politik
393 nicht um ihre alltäglichen Sorgen kümmert. Zum Beispiel: Mieten sind zu hoch,
394 Einkaufen ist zu teuer, der Lohn reicht nicht. Junge Menschen fühlen sich von

395 der Politik im Stich gelassen. Es liegt nicht an den jungen Menschen, sondern an
396 der Politik.

397 Wir wollen, dass Demokratie wieder erlebbar wird. Nicht nur während der
398 Wahlkampf-Zeit. Jugendliche sollen mehr mitmachen können bei der Demokratie. Sie
399 sollen mitdiskutieren und mitentscheiden. Es gibt einige Jugend-Räte in Sachsen.
400 Aber oft können Jugendliche dort nur zu bestimmten Themen mitreden. Wir wollen,
401 dass Jugendliche über viele verschiedene Themen sprechen und mitentscheiden
402 können. Nicht nur Schein-Diskussionen, sondern echte Gespräche über Themen, die
403 für die Zukunft wichtig sind.

404 Zum Beispiel: Klimaschutz, Öffentlicher Nahverkehr und Fahrradwege,
405 Digitalisierung und Internet, Stadtentwicklung für junge Menschen. Es ist
406 wichtig, dass Jugendliche weiterhin gut beteiligt werden können. Das Land muss
407 dafür sorgen, dass es genug Geld für diese Projekte gibt.

408 Fazit:

409 Es braucht verschiedene Dinge, damit junge Menschen wieder für Grüne Themen
410 begeistert werden. Zum Beispiel:

411 - Die Meinung von jungen Menschen soll gehört werden.

412 - Ländliche Gebiete sollen gefördert werden.

413 - Es soll gute Verkehrsanbindungen geben.

414 Die Grünen müssen junge Menschen wieder als ihre Zielgruppe sehen. In Sachsen
415 müssen sie sich dafür einsetzen, dass die Wünsche von jungen Menschen gehört
416 werden. Das müssen sie auch auf der Bundesebene tun. Wenn Landkreise oder
417 Kommunen zuständig sind, können die Grünen in Sachsen auch helfen. Es ist
418 wichtig, Ideen zu haben und voranzukommen.

419 Die Grüne Partei soll zeigen, dass sie junge Menschen unterstützt. Sowohl im
420 Internet als auch vor Ort. Wenn junge Menschen das sehen, werden sie die Grüne
421 Partei wieder mehr unterstützen.

422 Jetzt ist die Zeit, sich für junge Menschen einzusetzen!

423 Quellen:

- 424 [1] <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-alter.shtml>
- 425 [2] https://wahlen.sachsen.de/landtagswahl-2019-repraesentative-wahlstatistik.html?_cp=%7B%22accordion-content-7257%22%3A%7B%22%22%3Atrue%7D%2C%22previousOpen%22%3A%7B%22group%22%3A%22accordion-content-7257%22%2C%22idx%22%3A2%7D%7D
- 429 [3] <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/landtagswahl/jugendliche-ergebnis-afd-100.html>
- 431 [4] https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/charts/umfrage-alter/chart_1874789.shtml
- 432

V11

Antrag

Initiator*innen: LAG Geschlechterpolitik (dort beschlossen am: 25.04.2025)

Titel: **Sachsens Vielfalt fördern und Gleichstellung stärken!**

Antragstext

1 Sachsen ist ein vielfältiger Freistaat, der vor massiven strukturellen
2 Herausforderungen steht, von Rechtsextremismus bedroht und von einer
3 Minderheitsregierung verwaltet wird, welche in Zeiten knapper Kassen die Axt an
4 Bildungsarbeit und soziale Beratungs- und Hilfestrukturen für LSBTIQA*¹ und
5 Gleichstellung setzt.

6 Die Koalition aus CDU und SPD fordert in ihrem eigenen Koalitionsvertrag: "Den
7 bestehenden Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen
8 setzen wir um und entwickeln ihn weiter. Wir prüfen die Wirksamkeit der
9 Förderinstrumente und Maßnahmen und entwickeln diese bei Bedarf weiter. Wir
10 sorgen für ausreichende Beratungs- und Unterstützungsangebote." Doch schon im
11 Haushaltsentwurf der Staatsregierung für das Jahr 2025 und 2026 klaffen
12 erhebliche Lücken bei der Erfüllung dieses Anspruches! Die LAG Queeres Netzwerk
13 kommt mit Blick auf den Haushalts-Entwurf zu dem Schluss:

14 "Die aktuellen Kürzungen gefährden nicht nur die Fortführung wichtiger Arbeit,
15 sondern stellen auch einen Rückschritt dar, den wir nicht hinnehmen können. Die
16 Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2024 legt nahe, dass es einer
17 fortlaufenden Demokratiearbeit bedarf, um politische Bildung zu fördern, soziale
18 Bindungen zu stärken, Extremismus zu bekämpfen und inklusive wie gerechte
19 Gesellschaften voranzubringen."²

20 Als BÜNDNISGRÜNE haben wir in der letzten Staatsregierung das überfällige Update
21 des Landesaktionsplanes Vielfalt mit CDU und SPD ausverhandelt und die
22 Aufgabenträger der wichtigen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit
23 auskömmlich finanziert. Deshalb fordern wir als Partei:

24

25 **1.) Überfälliges Update des Landesaktionsplanes Vielfalt beschließen!**

26 Die Staatsregierung hat unter BÜNDNISGRÜNER Führung im Staatsministerium für
27 Gleichstellung ein dringend benötigtes Update des Landesaktionsplanes (kurz:
28 LAP) Vielfalt mit einer breiten Beteiligung von Interessensverbänden und
29 Organisationen betroffener Menschen erarbeitet und innerhalb der Staatsregierung
30 abgestimmt. Der Unwillen der CDU, den gesellschaftlichen Fortschritt in Sachsen
31 anzuerkennen, hat bis heute verhindert, dass ein neuer LAP Vielfalt beschlossen
32 wurde. Stattdessen wollen CDU und SPD längst vorliegende "Prüfaufträge" des LAP
33 Vielfalt von 2017 nun bis 2029 "umsetzen und weiterentwickeln". **Als Anwält*innen**
34 **der gesellschaftlichen Vielfalt in diesem Freistaat lehnen wir BÜNDNISGRÜNE**
35 **diese Aufschiebetaktik ab und fordern das überfällige, grundsätzliche Update des**
36 **LAP Vielfalt!** Darin wollen wir, dass Projekte, Initiativen und Netzwerke für
37 LSBTIQA* in jedem Landkreis gefördert werden, insbesondere dort, wo es bisher
38 keine Angebote gibt. Wir fordern strukturelle Verbesserungen für den Schutz vor
39 queerfeindlicher Gewalt in Sachsen durch eine eigene Fach- und Meldestelle,
40 sowie den Austausch darüber an Runden Tischen im Rahmen des Gesamtkonzepts gegen
41 Rechtsextremismus. Für die Akzeptanz queerer Menschen, sowie anderer regelmäßig
42 diskriminierter Minderheiten am Arbeitsplatz, fordern wir im LAP Vielfalt eine
43 arbeitsmarktbezogene Kampagne der Staatsregierung gemeinsam mit den Kammern und
44 Innungen. Es bedarf der Förderung von Toleranz, Integration und Inklusion von
45 gesellschaftlichen Minderheiten in Sachsen. Ein "Weiter so" unter CDU und SPD
46 auf dem Level von 2017 können sich die betroffenen Menschen in unserem Freistaat
47 nicht leisten!

48 **2.) Aufgabenträger in der LAG Queeres Netzwerk auskömmlich finanzieren!**

49 Wir fordern, dass die Staatsregierung aus CDU und SPD zusammen mit dem
50 Sächsischen Landtag als Haushaltsgesetzgeber, die bestehenden Beratungs- und
51 Hilfestrukturen in der LAG Queeres Netzwerk finanziell im Bestand absichern und
52 die vereinbarten Tarifsteigerungen mittragen. Für die wichtige, von vielen
53 Ehrenamtlichen getragene Arbeit der Vereine für geschlechtliche und sexuelle
54 Vielfalt in den Regionen Dresden, Leipzig und Chemnitz, sind die Kürzungspläne
55 von -20% im Jahr 2025 und -40% im Jahr 2026 existenzbedrohend! **Wir fordern die**
56 **BÜNDNISGRÜNE Fraktion im Sächsischen Landtag auf, sich im Rahmen der**
57 **Haushaltsberatungen für eine Finanzierung einzusetzen, welche Schließungen und**
58 **Angebotskürzungen der Aufgabenträger im Queeren Netzwerk Sachsen bis 2026**
59 **verhindert.** Der Streichung von LSBTIQA* aus den Förderzielen der Richtlinie
60 "Weltoffenes Sachsen" widersprechen wir mit Nachdruck, da insbesondere queere
61 Menschen von Rechtsextremisten und Demokratiefeinden in Sachsen bedroht werden!
62

63 **3.) Chancengleichheit der Geschlechter und Gewaltschutz fördern!**

64 Als Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Staatsregierung zur **Erfüllung ihrer**
65 **Verpflichtungen im Rahmen der Istanbul-Konvention** auf! Seit dem 1. Januar 2025
66 bis Antragsschluss wurden in Deutschland 34 Frauen durch Femizide getötet. Zudem
67 wurden 52 weitere Frauen zum Teil sehr schwer verletzt sowie 6 Frauen und ein
68 Mädchen mit dem Tod bedroht.³ Es braucht daher eben nicht nur den Erhalt der
69 Strukturen, sondern den Aufwuchs von finanziellen Mitteln für die Bereitstellung
70 von Schutzräumen und Beratungsstrukturen!

71 **Wir fordern die kontinuierliche Förderung der Chancengleichheit der Geschlechter**
72 **über die dazugehörige Förderrichtlinie. Die Gleichstellungsarbeit der Träger und**
73 **Vereine muss dauerhaft sichergestellt werden.** Die Existenzgründung von Frauen im
74 ländlichen Raum wollen wir mindestens auf dem Niveau von 2024 weiterhin fördern.
75

76 Dem beabsichtigten Roll-Back von queeren Rechten und der Gleichstellung der
77 Geschlechter, ein Austrocknen von Beratungs- und Hilfestrukturen, besonders in
78 den ländlichen Räumen, stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns als konstruktive Opposition
79 im Bund und Freistaat Sachsen entgegen!

80 Der Tag gegen Queerfeindlichkeit am 17. Mai mahnt diese Staatsregierung jedes
81 Jahr zum Handeln!

82 Fußnoten:

83 ¹ dieses Akronym fasst Menschen als Gruppe zusammen: Lesben, Schwule,
84 Bisexuelle, trans, inter, queere und asexuelle Menschen, der Stern steht für
85 alle weiteren Menschen der Community

86 ²<https://www.queeres-netzwerk-sachsen.de/2025/04/10/gemeinsame-stellungnahme-sachsen-benötigt-finanzielle-sicherheit-in-der-gleichstellungs-vielfalts-und-antidiskriminierungsarbeit/>

89 ³<https://www.onebillionrising.de/femizid-opfer-meldungen-2025/>

Begründung

(erfolgt mündlich im Rahmen der Einbringung)

Vorlage

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Vorlage des Landesvorstands zur Auswertung
der Bundestagswahl 2025**

Antragstext

1 Die Vorlage des Landesvorstands zur Auswertung der Bundestagswahl findest Du
2 mitgliederöffentlich in der Wolke unter:

3 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/8481331294>